

Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung Zum OECD-Ansatz „How's life – Measuring Well-Being“*

Die Messung des Fortschritts ist ein wichtiger und bereichsübergreifender Themenschwerpunkt der OECD. Sie hat in den vergangenen Jahren sämtliche Grundlagen – organisatorisch, technisch, methodisch und inhaltlich – dafür geschaffen und wichtige Teilschritte auf so genannten Weltforen mit Politik, Wissenschaft und amtlicher Statistik diskutiert. Nunmehr hat sie im Rahmen des Berichtes „How's life“ ein indikatorengestütztes Konzept zur Fortschrittsmessung vorgelegt mit Angaben auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Die amtliche Statistik soll aufgrund ihres gesellschaftlichen Auftrages als Informationsanbieter und ihrer allgemein anerkannten Reputation Hauptdatenlieferant sein. Bürgerinnen und Bürger, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sollen befähigt werden, die zunehmende Komplexität gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Prozesse und deren Auswirkungen auf die individuellen Lebensumstände wie auch die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen anhand von statistischen Daten besser zu verstehen und nachzuvollziehen.

1. Vorbemerkungen

Im Folgenden soll auf der Grundlage des in „How's life“ vorgestellten Indikatorensets zur Fortschrittsmessung für die materiellen Lebensbedingungen und deren Determinanten dargestellt werden, inwieweit eine teilräumliche Betrachtung auf der Ebene der Kreise für Deutschland aus dem Programm der amtlichen Statistik möglich ist. Ausgehend von den Indikatoren der OECD wird die Situation für Deutschland – vor allem für ausgewählte Städte, große und kleine – näher beschrieben. Da es bereits seit langer Zeit allgemein akzeptierte, von einem statistischen Monitoring begleitete bereichsübergreifende politische Handlungsprogramme für Deutschland und Europa gibt – besonders zu nennen sind hier die Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland sowie die Europäische Strategie „Europa 2020“ – soll der Ansatz der OECD, soweit notwendig, um Indikatoren für ausgewählte Städte ergänzt werden. Dabei werden anhand der jeweils vorliegenden Daten verschiedene Auswertungsmöglichkeiten – tabellarisch, geografisch und kartografisch – verwendet mit folgenden zwei Zielsetzungen: Einmal sollen die Möglichkeiten und Grenzen des Aussagegehaltes der von der OECD genannten Fortschrittsindikatoren sowie von Näherungslösungen teil-

*) Dieser Beitrag ist ursprünglich in Ausgabe 2/2013 der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg erschienen. Das LSN dankt den Autoren und dem Statistischen Landesamt Berlin-Brandenburg für die Nachdruckgenehmigung. Die Betrachtung erfolgt auf dem Gebietsstand 31.12.2011. Die Ergebnisse des Zensus 2011 sind hierbei noch nicht berücksichtigt. Zu dem Beitrag gehört auch eine umfangreiche Quellenliste am Ende des Beitrages. Verweise darauf sind - anders als sonst in den Statistischen Monatsheften Niedersachsen - in eckigen Klammern im Text angegeben.

räumlich vorgestellt werden. Zum anderen soll möglichen Nutzern auf der Grundlage des frei zugänglichen und kostenlos nutzbaren Datenangebots aus der Bundesstatistik ihr Analysepotenzial vorgestellt und Anregungen für weiterführende Analysen gegeben werden.

Die OECD beschäftigt sich seit längerem mit der Entwicklung von Indikatoren zur Beschreibung und Erfassung von Fortschritt und Well-Being makro- und mikroökonomisch, aufbauend auf bereits bestehenden Ansätzen¹⁾. Das Vorhaben resultiert aus der Einsicht, dass traditionelle und allgemein akzeptierte Größen, besonders das Bruttoinlandsprodukt (BIP, engl. GDP) dazu keine umfassenden Angaben liefern. Deshalb hat die OECD einen ganzheitlichen Ansatz vorgestellt, der zugleich einen Rahmen für bereits bestehende Indikatorensysteme auf nationaler, supra- und internationaler Ebene bieten soll.

Erste Vorschläge dazu enthält die Publikation der OECD „How's life – Measuring Well-Being“ [2]. Ziel ist es, nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Nation oder Region näher zu beschreiben, sondern auch die Lebensumstände der dort lebenden und arbeitenden Bevölkerung sowie die jeweilige Umweltsituation einzubeziehen. Der Ansatz basiert auf einem Gutachten der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission [3], die im Auftrag des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy 2008 eingesetzt wurde und ihren Bericht zur Fortschrittsmessung 2009 unter anderem auf dem Dritten Weltforum der OECD in Busan/Korea vorgestellt hat. Mit ihrem Ansatz „How's life“ ist die OECD den Empfehlungen dieser Kommission gefolgt. Basierend auf wissenschaftlichen Ansätzen und einer Reihe von weltweit entwickelten konkreten Initiativen hat die Kommission folgende Kerndimensionen für die Definition von Well-Being [4] identifiziert:

- materieller Lebensstandard (Einkommen, Verbrauch und Vermögen),
- Gesundheit,
- Bildung,
- persönliche Aktivitäten, Erwerbstätigkeit,
- politische Partizipation und Rechte,
- soziale Beziehungen,
- Umweltbedingungen,
- existenzielle und wirtschaftliche Unsicherheiten.

Dieser Ansatz war unter dem Titel „Measuring Well-Being for Development and Policy Making“ Gegenstand

1) Eine Bestandsaufnahme erfolgte bereits für das 3. Weltforum der OECD in Busan [1].

des 4. OECD „World Forum on Statistics, Knowledge and Policy“ vom 16. bis 19. Oktober 2012 in Neu Delhi/Indien. Rund 1 000 Vertreter aus 80 Ländern aus Politik, Wissenschaft und Statistik haben verschiedene Aspekte auf der Grundlage von „Best Practices“, aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen in Industrienationen und Entwicklungsländern vertiefend diskutiert. Dazu gehörte nicht nur die Würdigung des OECD-Ansatzes bezüglich seiner Umsetzung für verschiedene politische Systeme und Regionen der Welt, sondern auch seine Eignung als Rahmen für bereits bestehende Indikatorensysteme zur umfassenden Fortschrittsmessung im weiteren Sinn und mehr noch deren Weiterentwicklung, besonders auf supra- und internationaler Ebene. Besonders zu nennen sind – neben einer Reihe von Ansätzen zur Nachhaltigkeit mit eher ökologischer Ausrichtung²⁾ – die Arbeiten der Europäischen Union auf der Grundlage von „GDP and Beyond“ – einer Mitteilung der Europäischen Kommission³⁾ – sowie die europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“⁴⁾ einschließlich ihrer Erweiterung um die Umweltdimension im Rahmen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (Sustainable Development Indicators (SDI)⁵⁾. Auf internationaler Ebene zählen dazu die „Millennium Development Goals“ (MDG) der Vereinten Nationen (UN), die derzeit evaluiert und modifiziert werden [5]. Diese Arbeiten konzentrieren sich auf eine Neuaustrichtung der Ziele und die Ergänzung vor allem um ökologische Aspekte im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung. Der neue integrierte Ansatz soll noch im Jahr 2013 von der UN-Vollversammlung angenommen und 2016 umgesetzt werden.

Auch wenn die verschiedenen Ansätze auf supra- und internationaler Ebene unterschiedliche Ziele und Schwerpunkte haben, gibt es doch unter statistischen Gesichtspunkten zahlreiche Gemeinsamkeiten. So weist der Ansatz der OECD zur Fortschrittsmessung zahlreiche Parallelen zur bereits seit über 10 Jahren in Deutschland implementierten Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ der Bundesregierung auf. Nachhaltige Entwicklung ist seit April 2002 zentrales Prinzip der Politik in Deutschland [6, S. 12]. Es handelt sich dabei um einen integrativen und intergenerativen Ansatz: Alle Bereiche – Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt – werden unter verschiedenen Gesichtspunkten wie „Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“

2) Einen Überblick und weiterführende Informationen gibt: ec.europa.eu/environment/eussd/ Diese sollen im Folgenden nicht weiter betrachtet werden.
 3) Siehe dazu auch den Internetauftritt der Europäischen Kommission www.beyond-gdp.eu/
 4) Europa 2020 ist die aktuelle europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie als Fortführung der von 2000 bis 2010 geltenden Lissabon-Strategie; siehe dazu auch ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm
 5) Auf Letztere soll im Folgenden wegen des speziellen, komplexen und umfassenden Ansatzes nicht weiter eingegangen werden. Zur Zielsetzung siehe auch die Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat: Partnerschaft für Integration; eine Strategie zur Einbeziehung der Umweltbelange in die EU-Politik, KOM (1998)333 final, Brüssel, 27.05.1998. Eine kritische Würdigung zur Strategie und den Indikatoren enthält z. B. der Bericht von Adelle, C.; Pallemaerts, M.: Sustainable Development Indicators – An Overview of relevant Framework Programme funded research and identification of further needs in view of EU and international activities, hrsg. von der European Commission, European Research Area, o. O., 2010.

und „Internationale Verantwortung“ in die Betrachtung einbezogen und die Auswirkungen nicht nur für die derzeit lebenden Generationen, sondern auch für zukünftige Generationen untersucht. Für die o. g. Bereiche wurden insgesamt 21 Themen und 38 Ziele und Indikatoren formuliert und quantifiziert. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird regelmäßig überprüft. Grundlage dafür sind die im zweijährlichen Abstand vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Indikatorenberichte „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ [7]. In längeren Zeitabständen – nunmehr zum dritten Mal – hat die Bundesregierung den aktuellen Fortschrittsbericht 2012 zur nachhaltigen Entwicklung beschlossen⁶⁾ [8].

Vergleicht man die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie vor allem mit „Europa 2020“ der Europäischen Union und „How's life“ der OECD hinsichtlich der für das Monitoring ausgewählten statistischen Indikatoren, so ergibt sich in inhaltlicher Hinsicht folgende Darstellung auf den jeweils beiden obersten Ebenen (Übersicht 1):

Übersicht 1 Fortschrittsmessung „im weiteren Sinn“ für Deutschland, die Europäische Union und die OECD

System	Thema	Bereiche
Nachhaltige Entwicklung in Deutschland (D)	Generationsgerechtigkeit	Ressourcenschonung, Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Flächeninanspruchnahme, Artenvielfalt, Staatsverschuldung, Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge, Innovation, Bildung
	Lebensqualität	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Mobilität, Landbewirtschaftung, Luftqualität, Gesundheit und Ernährung, Kriminalität
	Sozialer Zusammenhalt	Beschäftigung, Perspektiven für Familien, Gleichstellung, Integration
	Internationale Verantwortung	Entwicklungszusammenarbeit, Märkte öffnen
Europa 2020 (EU)	Intelligentes Wachstum	FuE-Investitionsvolumen $\geq 3\%$ BIP, Schulabbrucherquote $\leq 10\%$, 30- bis 34-Jährige mit Hochschulbildung $\geq 40\%$
	Nachhaltiges Wachstum	Anteil erneuerbarer Energien $\geq 20\%$, Steigerung der Energieeffizienz um 20 % Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 %
	Integratives Wachstum	Schulabbrucherquote $\leq 10\%$, Beschäftigungsquote 20- bis 64-Jährige $\geq 75\%$, Verringerung der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen um 20 Millionen
Progress measurement/ How's life (OECD)	Material Living Conditions	Income and Wealth, Jobs and Earnings, Housing conditions
	Quality of Life	Health status, Work-life balance, Education and skills, Social connections, Civic engagement and governance, Environmental quality, Personal security, Subjective well-being

Auch wenn es Unterschiede in den Definitionen und den Zuordnungen der Indikatoren gibt, sind Kernelemente über die verschiedenen Ebenen hinweg:

- die materiellen Lebensbedingungen,
- Gesundheit,

6) Siehe dazu auch [8] sowie die dort angegebenen weiterführenden Hinweise.

- Bildungsstand,
- sozialer Zusammenhalt,
- die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, vor allem ihre Innovationskraft,
- Schutz von Klima und natürlichen Ressourcen.

Ein Vergleich der drei Ansätze unter konzeptionellen Gesichtspunkten zeigt Übersicht 2.

Während der Ansatz der OECD „How's life“ offen ist, was die Zielerreichung anbetrifft, sind sowohl die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als auch „Europa 2020“ mit politisch festgelegten Zielwerten verbunden. Hinzu kommt, dass bei „Europa 2020“ die oben genannten Ziele von sogenannten Leitinitiativen begleitet werden, die teilweise mit weiteren umfangreichen Indikatorensets verbunden sind⁷⁾ [9, 10]. Unterschiede bestehen auch bezüglich des Abstraktionsniveaus: Bei „Europa 2020“ erfolgt die Betrachtung vor allem aus gesamtwirtschaftlicher Hinsicht. Die OECD hingegen strebt eine Analyse auf der Ebene von „Individual Well-Being“ an.

Deutschland hat auf Bundesebene die Strategie der nachhaltigen Entwicklung als Leitbild des politischen Handelns definiert. Aufgrund des föderalen Aufbaus haben sich in einigen Bundesländern wie auch in ausgewählten Kommunen und Regionen entsprechende Ansätze ausgebildet. In einem Workshop des Rates für nachhaltige Entwicklung am 7. November 2007 mit Experten aus den 16 Bundesländern bestand weitgehend Konsens über die zentralen Felder und Indikatoren zur Beschreibung vor allem der ökologischen Entwicklungen. Es wird davon ausgegangen, dass sich in absehbarer Zeit zumindest für einige Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategien übereinstimmende und konsistente Datengerüste herausbilden werden⁸⁾ [11].

Der Deutsche Bundestag hat aufgrund der grundlegenden Diskussion über gesellschaftlichen Wohlstand,

7) Einen Überblick gibt [9], zu Einzelheiten siehe auch [10].

8) Siehe dazu auch die Ausführungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur Nachhaltigkeitspolitik der Bundesländer [11].

individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung vor allem in Verbindung mit dem BIP als Wachstumsindikator – in Deutschland, anderen Nationen sowie inter- und supranational – auf seiner 77. Sitzung am 1. Dezember 2010 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ beschlossen [12]. Ziel der Kommission ist es – losgelöst von der räumlichen Dimension – erstens den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu untersuchen und zweitens einen ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator zu entwickeln. Dieser soll „... eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien“ [12, S. 3] schaffen unter Berücksichtigung der folgenden Aspekte:

- materieller Lebensstandard,
- Zugang zu und Qualität von Arbeit,
- gesellschaftliche Verteilung von Wohlstand, sozialer Inklusion und Kohäsion,
- intakte Umwelt und Verfügbarkeit begrenzter natürlicher Ressourcen,
- Bildungschancen und Bildungsniveaus,
- Gesundheit und Lebenserwartung,
- Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge, soziale Sicherung und politische Teilhabe,
- subjektiv von den Menschen erfahrene Lebensqualität und Zufriedenheit [12, S. 3].

Erste Überlegungen zur Konzeption eines zusammenfassenden Ansatzes, einschließlich der Kernbestandteile und die Möglichkeiten ihrer Aussagefähigkeit, liegen vor [13].

2. How's life – Zum Ansatz der OECD

Die OECD [14, S. 18 ff.] stellt in ihrem Ansatz zur Fortschrittsmessung das individuelle Wohlbefinden in den Vordergrund. Das bedeutet für das Monitoring: Benötigt und verwendet werden vor allem statistische Daten

Übersicht 2 Nachhaltigkeits- und Fortschrittsindikatorensysteme für die OECD, Europa und Deutschland im Vergleich

Indikatoren-system	Indikatoren		Ziel-vorgaben	Ausrichtung		Bestand-teile	Gesamt-indikator
	objektive*	subjek-tive**		mikro-	makro-		
				ökonomisch			
How's life	x	x	–	x	–	2 Bereiche, 22 Kernindikatoren und 27 Sekundärindikatoren	wird angestrebt
Europa 2020	x	–	x	–	x	3 Prioritäten, 5 Ziele, 8 Indikatoren	–
Nachhaltige Entwicklung in Deutschland	x	–	x	–	x	4 Themen, 21 Indikatorenbereiche mit insgesamt 38 Einzelindikatoren	–

* Lassen sich zählen, messen, wiegen.

** Beruhen auf individuellen Einstellungen, Einschätzungen.

über Privathaushalte und Einzelpersonen. Die Ergebnisse beziehen sich besonders auf die „Outcomes“ bzw. die Erfolgsfaktoren – und weniger auf Inputfaktoren – von Well-Being. Im Zentrum der Betrachtung steht die Verteilung der Komponenten von „Well-Being“ auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und Gruppen. Im Weiteren sollen neben objektiven auch subjektive Aspekte des Wohlbefindens berücksichtigt werden. Objektive, d. h. physisch messbare Kriterien sind grundlegend für eine neutrale Beschreibung der tatsächlichen Lebensbedingungen und Lebensqualität. Sie werden ergänzt um subjektive Kriterien, anhand derer die Empfindungen, Meinungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Berücksichtigung finden (Abbildung 1).

Abb. 1 Konzeption von „How’s life“ [14, S. 19]



Als Determinanten der materiellen Lebensbedingungen werden genannt:

- Einkommen und Vermögen,
- Beschäftigung und Entlohnung,
- Wohnsituation.

Komponenten der Lebensqualität sind:

- Gesundheit,
- Gleichgewicht zwischen Arbeiten und Leben,
- Bildung und Ausbildung,
- gesellschaftliche Teilhabe,
- sozialer Zusammenhalt,
- Qualität der Umwelt,
- persönliche Sicherheit,
- subjektives Wohlbefinden.

Dieses Indikatorenset zum gesellschaftlichen Wohlbefinden der derzeit lebenden Generationen soll, wie der untere Kasten in Abbildung 1 zeigt, noch durch weitere Aspekte in Hinblick auf eine Fortschrittsmessung im Zeitablauf ergänzt werden; genannt werden natürliches, wirtschaftliches, menschliches und soziales Kapital.

Das dem Bericht „How’s life“ zugrunde liegende Indikatorensystem soll fortentwickelt und um einen weiteren Teil zu „Green Growth“ ergänzt werden. Im Weiteren beschäftigt sich die OECD mit der Verdichtung der genannten Indikatoren in Form einer oder weniger zusammenfassender Kennzahlen („composite indicators“). Entsprechende methodische Vorarbeiten liegen bereits seit längerem vor⁹⁾.

Die OECD hat für ihren Ansatz eine pragmatische Vorgehensweise gewählt. In einem ersten Schritt baut sie auf vorhandenen Indikatoren vor allem der amtlichen Statistik auf. Sie unterscheidet zwischen Kernindikatoren, sogenannten „headline indicators“ und „secondary indicators“. Bei ersteren handelt es sich vor allem um Indikatoren, die in ausreichend guter Qualität vorliegen und die sich für ein Monitoring im Zeitablauf sowie für einen Ländervergleich eignen [14, S. 21]. Sekundäre Indikatoren dienen einmal als ergänzende länderspezifische Informationen. Zum anderen können dabei auch qualitative Unterschiede bestehen, derart, dass diese Indikatoren weniger robust sind als die sogenannten Kernindikatoren. Insgesamt unterscheidet die OECD elf verschiedene Bereiche (einschließlich subjektivem Wohlbefinden) mit insgesamt 49 Indikatoren, davon 22 Kernindikatoren. Der Großteil der objektiven Indikatoren wird von der amtlichen Statistik bereitgestellt. Die subjektiven Indikatoren beruhen überwiegend auf Informationen von anderen Einrichtungen – wissenschaftlichen oder Instituten der Markt- und Meinungsforschung.

Im Vorspann zu jedem Bereich der Publikation „How’s life“ gibt die OECD tabellarisch eine Übersicht zum Aussagegehalt der verwendeten Indikatoren und der Qualität der zugrunde liegenden statistischen Daten.

Zu den Kernindikatoren gehören:

- (1) bezüglich der materiellen Lebensbedingungen
 - das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen pro Person (household net adjusted disposable income per person/IW I)¹⁰⁾,
 - das Haushaltsnettovermögen pro Person (household financial net wealth per person/IW II)
 - die Erwerbstätigenquote (employment rate/JE I),
 - die Langzeitarbeitslosigkeitsquote, (long-term unemployment rate/JE II)

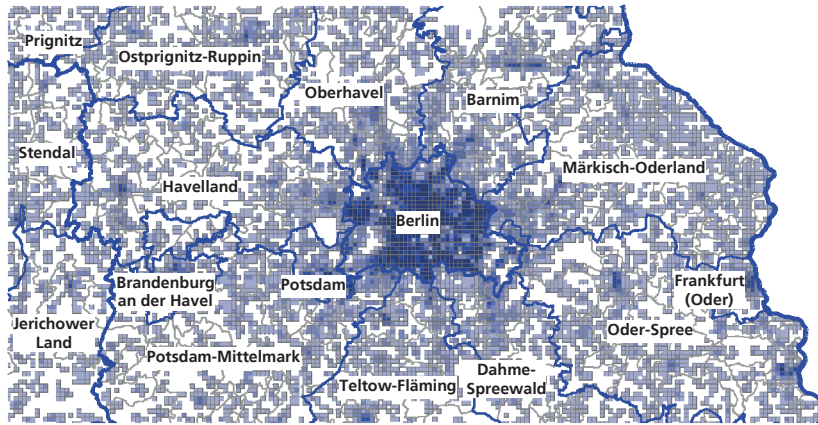
⁹⁾ Siehe dazu die Gemeinschaftsveröffentlichung von OECD und Joint Research Centre der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission [15, S. 3].

¹⁰⁾ Die Abkürzungen in der Klammer geben die Abkürzung des Indikators im Bericht wieder, wobei die Buchstaben die Abkürzung für den jeweiligen Teilbereich sind, z. B. „IW I“ bedeutet: erster Indikator im Bereich „Income and Wealth“.

Übersicht 3 OECD-Indikatoren „How’s life“

Kernindikatoren und Sekundärindikatoren			
Material living conditions Materielle Lebensverhältnisse	Income and wealth Einkommen und Vermögen	IW I	Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen
		IW II	Haushaltsnettovermögen pro Person
		iw 1	Konsumausgaben der privaten Haushalte
		iw 2	Gesamtausgaben der privaten Haushalte
		iw 3	Subjektive Einschätzung der materiellen Situation
	jobs and earnings Beschäftigung und Verdienste	JE I	Erwerbstätigenquote
		JE II	Langzeitarbeitslosigkeitsquote
		je 1	Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung
		JE III	Durchschnittliches Jahresgehalt je Beschäftigtem
		je 2	Beschäftigte mit Zeitarbeitsverträgen
	housing conditions Wohnverhältnisse	je 3	Arbeitsunfälle
		HO I	Anzahl der Wohnräume je Person
		ho 1	Überdurchschnittliche Wohnkosten
		HO II	Wohngebäude ohne Bad und WC
	Quality of life Lebensqualität	health Gesundheit	ho 2
HS I			Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt
hs 1			Säuglingssterblichkeit
HS II			Gesundheitszustand nach eigener Auskunft
hs 2			Langzeiterkrankung nach eigener Auskunft
work and life balance Beruf und Familie		hs 3	Einschränkungen bei täglichen Verrichtungen nach eigener Auskunft
		hs 4	Übergewicht und Adipositas
		WL I	Beschäftigte mit mehr als 50 Wochenstunden Arbeitszeit
		WL II	Zeitaufwand für Freizeit und persönliche Pflege
		wl 1	Zeitaufwand für Berufspendeln
education and skills Bildung und Qualifizierung		wl 2	Zufriedenheit mit der zeitlichen Aufteilung für Beruf und Privatleben
		WL III	Beschäftigungsquote von Frauen mit schulpflichtigen Kindern
		ES I	Bildungsstand
		es 1	Erwartete Aus- und Fortbildungszeit von Jugendlichen
social connections Soziale Kontakte		es 2	Berufliche und private Fort- und Weiterbildung
	ES II	Kognitive Fähigkeiten von Schülern und Studenten	
	es 3	Kenntnisse über das gesellschaftliche Leben	
	sc 1	Soziales Engagement	
	sc 1	Häufigkeit von sozialen Kontakten	
civic engagement and governance Bürgerschaftliches Engagement und Regierungsführung	sc 2	Freiwillige/ehrenamtliche Arbeit	
	sc 3	Vertrauen in andere Personen bzw. soziale Gruppierungen	
	CEG I	Wahlbeteiligung	
	ceg 1	Politische Teilhabe	
environmental quality Umweltqualität	CEG II	Mitwirkungsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsprozessen	
	ceg 2	Vertrauen in die nationale Regierung, das Rechtswesen und in die Medien	
	EN I	Luftqualität	
personal security Persönliche Sicherheit	en 1	Umweltbedingte Krankheiten	
	en 2	Zufriedenheit mit der lokalen Umweltsituation	
	en 3	Zugang zu Grünanlagen	
	PS I	Vorsätzliche Tötungsdelikte	
subjective well-being Subjektive Lebenszufriedenheit	PS II	Tätlicher Angriff auf Leib und Leben oder Eigentum nach eigener Auskunft	
	ps 1	Kindesmisshandlungen durch häusliche Gewalt	
	ps 2	Subjektives Sicherheitsgefühl	
	SW I	Lebenszufriedenheit	
	SW II	Ausgeglichenheit	

Abb. 2a Rasterdaten für Berlin und Brandenburg



Quelle: European Forum for Geostatistics: http://www.efgs.info/data/eurogrid/Grid_ETRS89_LAEA_DE_1K.zip/view, eigene Darstellung

Abb. 2b Urbanisierungsgrad (DegUrb) in Berlin und Brandenburg 2011



Quelle: epp.eurostat.ec.europa.eu, eigene Darstellung

- das durchschnittliche Jahresgehalt je Beschäftigtem (average annual earnings per employee/ JE III),
 - die Anzahl der (Wohn-)Räume je Person (number of rooms per person/HO I),
 - Wohngebäude ohne Bad und WC (dwellings without basic facilities/HO II);
- (2) bezüglich der Lebensqualität:
- die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt (life-expectancy at birth/HS I),
 - der Gesundheitszustand nach eigener Auskunft (self-reported health status/HS II),
 - Beschäftigte mit sehr langer Arbeitszeit (employees working very long hours/WL I),
 - Zeitaufwand für Freizeit und persönliche Pflege (time devoted to leisure and personal care/WL II),
 - Beschäftigungsquote von Frauen mit schulpflichtigen Kindern (employment rate of women with children of compulsory school age/WL III),
 - Bildungsstand (educational attainment/ES I),
 - die kognitiven Fähigkeiten von Schülern und Studenten (students' cognitive skills/ES II),
 - soziales Engagement (social network support/SC I)
 - Wahlbeteiligung (voter turn-out/CEG I),
 - Mitwirkungsmöglichkeiten (consultation on rule-making/ CEG II),
 - Luftqualität (air quality/EN I),
 - vorsätzliche Tötungsdelikte (intentional homicides/PS I),
 - selbst angezeigte Erfahrung eines tätlichen Angriffs auf Leib und Leben oder Eigentum (self-reported victimisation/PS II),
 - Lebenszufriedenheit (life-satisfaction/SW I),
 - Ausgeglichenheit (affect balance/SW II).

Vom Ansatz her besteht vor allem bezüglich der relevanten Bereiche und Indikatoren – ungeachtet der damit verbundenen Zielsetzungen – in weiten Teilen Übereinstimmung zwischen dem Ansatz der OECD und der Nachhaltigkeitsstrategie „Nachhaltige Entwicklung in

Deutschland". Ein Teil der objektiven Indikatoren wird in gleicher Definition auch zum Monitoring der nationalen Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ herangezogen (z. B. die Erwerbstätigenquote, der Anteil von Personen mit einem tertiären Abschluss oder ausgewählte Gesundheitsindikatoren wie Adipositas/Fettleibigkeit); bei anderen Indikatoren gibt es eine eher prinzipielle Übereinstimmung, wobei allerdings unterschiedliche Indikatoren zur Anwendung kommen wie zum Beispiel bei der Einkommenssituation von Männern und Frauen. Nicht verwendet werden in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sämtliche Indikatoren mit Angaben zum Zeitaufwand¹¹⁾ (Übersicht 3).

3. How's life – in Deutschland

3.1. Vorbemerkungen – Datengrundlagen und Regionaleinheiten

Bundesweit vergleichbare regionalstatistische Informationen aus der amtlichen Statistik sind vor allem in Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, besonders der Regionaldatenbank Deutschland [17] und dem interaktiven Regional-

11) Derartige Informationen liefern vor allem Zeitbudgeterhebungen. Das Statistische Bundesamt hat in der Vergangenheit zwei Studien durchgeführt, siehe dazu auch [16]. Eine neue Erhebung zur Zeitverwendung wird derzeit durchgeführt.

Tab. 1 Landkreise und kreisfreie Städte am 31.12.2011 nach Stadt-/Landgliederung

Stadt-/Landgliederung ¹⁾	Fläche	Bevölkerung	Siedlungsdichte
	km ²	Anzahl	Pers./km ²
1	17 800	28 932 890	1 625
2	100 754	34 009 378	338
3	238 575	18 901 475	79
1 bis 3	357 129	81 843 743	229
Anteil in %			
1	5,0	35,4	.
2	28,2	41,6	.
3	66,8	23,1	.
1 bis 3	100	100	.

1) Gliederung nach dem Siedlungsgrad: 1=dicht, 2 = mittel, 3=dünn.

atlas [18] vergleichsweise einfach und kostenfrei zugänglich. Beide Produkte enthalten im Wesentlichen Angaben zu administrativen Gebietseinheiten unterhalb der Länderebene. Dazu gehören besonders Angaben für Kreise, d. h. für kreisfreie Städte und Landkreise. In der Regionaldatenbank Deutschland sind einige Angaben flächendeckend auf Gemeindeebene vorhanden; eine umfassende und aktuelle Übersicht über ausgewählte Daten zu deutschen Gemeinden kann aus dem Gemeindeverzeichnis/GVISys [19] abgerufen werden. Auf europäischer Ebene werden kleinräumige Daten für ausgewählte Großstädte im Rahmen des sogenannten Urban Audit [20] für Europa angeboten. Die Angaben für Deutschland

Tab. 2 Ausgewählte Merkmale in den kreisfreien Städten nach Bevölkerungsgrößen

Einwohnergrößenklasse	Kreisfreie Städte	Einwohner	Fläche			
			insgesamt	Erholungsfläche	darunter	Wohnfläche in Wohngebäuden
					Grünanlagen	
2011		2010				
Anzahl		km ²			1 000 m ²	
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern						
500 000 und mehr	13	12 868 277	4 664	398	334	481 087
250 000 bis unter 500 000	13	4 076 914	2 386	145	113	158 132
100 000 bis unter 250 000	42	6 712 916	5 330	284	223	260 400
50 000 bis unter 100 000	24	1 693 322	2 402	86	67	70 479
unter 50 000	15	624 861	1 011	21	15	27 653
Zusammen	107	25 976 290	15 793	934	752	997 751
Deutschland insgesamt	.	81 843 743	357 127	3 985	2 671	3 426 896
Anteil an kreisfreien Städten in %						
500 000 und mehr	12,1	49,5	29,5	42,6	44,4	48,2
250 000 bis unter 500 000	12,1	15,7	15,1	15,5	15,0	15,8
100 000 bis unter 250 000	39,3	25,8	33,8	30,4	29,7	26,1
50 000 bis unter 100 000	22,4	6,5	15,2	9,2	8,9	7,1
unter 50 000	14,0	2,4	6,4	2,2	2,0	2,8
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Anteil an allen Kreisen und kreisfreien Städten in %						
500 000 und mehr	65,0	15,7	1,3	10,0	12,5	14,0
250 000 bis unter 500 000	17,3	5,0	0,7	3,6	4,2	4,6
100 000 bis unter 250 000	19,4	8,2	1,5	7,1	8,3	7,6
50 000 bis unter 100 000	32,4	2,1	0,7	2,2	2,5	2,1
unter 50 000	93,8	0,8	0,3	0,5	0,6	0,8
Insgesamt	26,6	31,7	4,4	23,4	28,2	29,1

Noch: Tab. 2 Ausgewählte Merkmale in den kreisfreien Städten nach Bevölkerungsgrößen

Einwohnergrößenklasse	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	Erwerbstätige nach dem Arbeitsortkonzept	Arbeitslose			Schulabsolventen	
				insgesamt	darunter		mit Allgemeiner Hochschulreife	ohne Hauptschulabschluss
					im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	Langzeitarbeitslose		
				2009	2010	2009	2011	
1 000 €	Anzahl	1 000	Anzahl					
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern								
500 000 und mehr	246 812 846	4 138 416	7 917	637 732	65 646	232 611	47 672	8 654
250 000 bis unter 500 000	75 895 543	1 378 495	2 558	183 278	20 013	72 456	17 068	2 957
100 000 bis unter 250 000	121 472 285	2 150 894	4 167	298 891	32 497	113 120	27 915	4 955
50 000 bis unter 100 000	29 873 991	543 978	1 129	78 727	8 896	26 961	8 563	1 412
unter 50 000	11 777 010	211 002	435	21 770	2 604	6 259	3 759	723
Zusammen	485 831 675	8 422 785	16 207	1 220 398	129 656	451 407	104 977	18 701
Deutschland insgesamt	1 554 260 000	27 599 714	40 271	2 975 823	278 886	1 051 603	267 850	53 058
Anteil an kreisfreien Städten in %								
500 000 und mehr	50,8	49,1	48,8	52,3	50,6	51,5	45,4	46,3
250 000 bis unter 500 000	15,6	16,4	15,8	15,0	15,4	16,1	16,3	15,8
100 000 bis unter 250 000	25,0	25,5	25,7	24,5	25,1	25,1	26,6	26,5
50 000 bis unter 100 000	6,1	6,5	7,0	6,5	6,9	6,0	8,2	7,6
unter 50 000	2,4	2,5	2,7	1,8	2,0	1,4	3,6	3,9
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100
Anteil an allen Kreisen und kreisfreien Städten in %								
500 000 und mehr	15,9	15,0	19,7	21,4	23,5	22,1	17,8	16,3
250 000 bis unter 500 000	4,9	5,0	6,4	6,2	7,2	6,9	6,4	5,6
100 000 bis unter 250 000	7,8	7,8	10,3	10,0	11,7	10,8	10,4	9,3
50 000 bis unter 100 000	1,9	2,0	2,8	2,6	3,2	2,6	3,2	2,7
unter 50 000	0,8	0,8	1,1	0,7	0,9	0,6	1,4	1,4
Insgesamt	31,3	30,5	40,2	41,0	46,5	42,9	39,2	35,2

werden von der KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt [21] bereitgestellt.

Die Regionaldatenbank Deutschland ist – bis auf wenige Ausnahmen – Grundlage der nachfolgenden Analysen. Hier können aus 78 Statistiken zahlreiche Merkmale und Indikatoren für verschiedene Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und öffentlichem Bereich abgerufen werden. Da der überwiegende Teil des bundesstatistischen Programms auf europäischen Rechtsgrundlagen beruht, sind die regionalstatistischen Angaben zu weiten Teilen auch europaweit vergleichbar. Grundlage dafür ist die europäische Gebietsgliederung NUTS [22, S. 3], die für Deutschland administrative Gebietseinheiten von den Gemeinden (LAU2) über Gemeindeverbände (LAU1), Kreise (NUTS3) und Regierungsbezirke/statistische Regionen (NUTS2) und Bundesländer (NUTS1) enthält¹²⁾.

Da sich administrative Gebietseinheiten wie zum Beispiel die Kreise aufgrund ihrer unterschiedlichen Größe in den verschiedenen Bundesländern in Deutschland und mehr noch in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für Vergleichszwecke nur bedingt eignen, hat

die OECD zusammen mit der Europäischen Kommission die bestehende Gebietsgliederung überarbeitet und unter der Bezeichnung „DEGREE of URbanisation (DEGURBA) im Sommer 2011 verabschiedet¹³⁾ [23, 24]. Grundlage sind sogenannte Gitterzellen (Rasterzellen) der Größe 1 km x 1 km. Anhand der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsdichte wird für jede Zelle bestimmt, ob es sich dabei um eine (1) städtische, (2) mittlere oder (3) ländliche Besiedlung handelt. Die Abgrenzung erfolgt auf Gemeindeebene. Für die Zuordnung zu „dicht“ oder „dünn besiedelt“ ist entscheidend, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung in entsprechend „dicht“ oder „dünn“ besiedelten Gitterzellen wohnt. Als dicht besiedelt werden Gitterzellen mit einer Siedlungsdichte von mindestens 500 Einwohnern pro km² und einer Mindestbevölkerung von 50 000 Einwohnern bezeichnet. Für eine mittlere Besiedlung gelten eine Siedlungsdichte von mindestens 100 und eine Mindestbevölkerung von 50 000 Einwohnern [25]. Als „dünn“ besiedelt werden alle anderweitig nicht zuordenbaren Regionaleinheiten eingestuft.

Da in der amtlichen Statistik Deutschlands eine allgemeine Regelung zur Aufbereitung und Auswertung von statistischen Angaben für Rasterzellen bislang rechtlich nicht besteht – eine entsprechende Rechtsgrundlage

12) Die NUTS-Klassifikation wird regelmäßig in mehrjährigen Zeitabständen angepasst und bietet die Grundlage für europaweite Vergleiche – vor allem auf der Ebene NUTS2 – besonders für die europäische Regional- und Sozialpolitik.

13) Zur ausführlichen Beschreibung siehe [23]; eine Kurzbeschreibung kann unter [24] abgerufen werden.

Abbildung 3

Abb. 3a Bevölkerung am 31. Dezember 2011
in den größten kreisfreien Städten

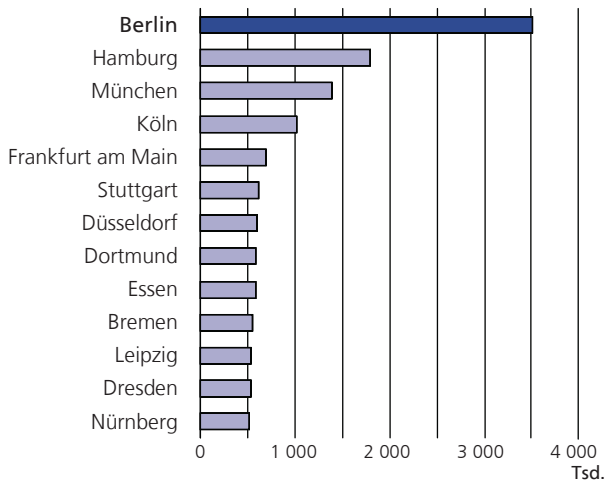


Abb. 3c Bevölkerung am 31. Dezember 2011
in den kleinsten kreisfreien Städten

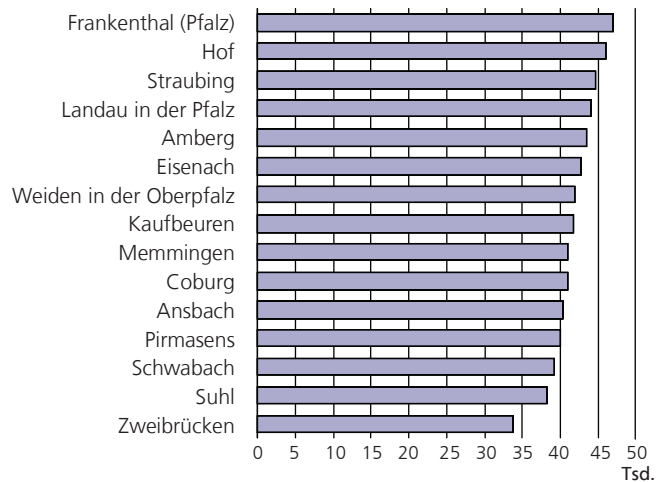


Abb. 3b Bevölkerungsdichte 2011
in den größten kreisfreien Städten

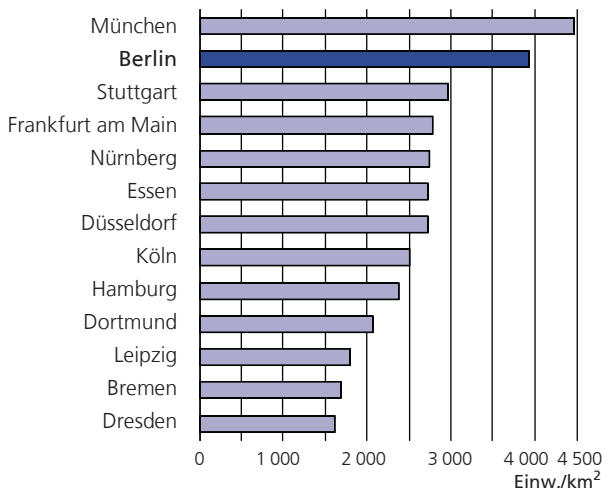
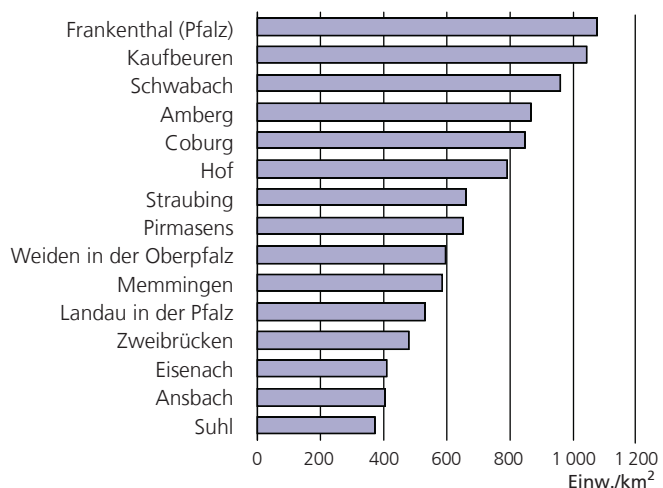


Abb. 3d Bevölkerungsdichte 2011
in den kleinsten kreisfreien Städten



soll im Rahmen des E-Governmentgesetzes geschaffen werden [26] – ist die Zuordnung im Gemeindeverzeichnis auf der Grundlage von administrativen Einheiten erfolgt. Gitterzellen böten den Vorteil einer genaueren, flexiblen und im Zeitablauf stabilen regionalen Einteilung.

Für die nachfolgenden raumbezogenen Untersuchungen zu den Lebensbedingungen in Deutschland sollen ausgewählte Angaben in Anlehnung an die von der OECD in „How’s life“ vorgeschlagenen Indikatoren vor allem auf der Kreisebene überwiegend aus der Regionaldatenbank und aus dem Regionalatlas im Hinblick auf den Besiedlungsgrad kurz dargestellt werden. Eine detailliertere Betrachtung erfolgt für die kreisfreien Städte in Deutschland gemäß Gebietsstand 31.12.2011. Diese Abgrenzung bietet sich in Anbetracht der in der Bundesstatistik vorhandenen administrativen Gebietseinheiten als kleinste Regionalein-

heiten an, wenn Auswertungen sowohl bezüglich der Siedlungsdichte – dicht und mittel – als auch von ausgewählten Kommunen – großen und kleinen – unternommen werden sollen. So gab es am 31.12.2011 insgesamt 13 kreisfreie Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern; sie sind nach den o. g. Kriterien ausnahmslos dicht besiedelt. Selbstverständlich gibt es noch weitere Großstädte wie Hannover oder Aachen mit einer Wohnbevölkerung von mehr als 200 000 Einwohnern. Allerdings wurde hier aufgrund von Gebietsreformen in jüngerer Zeit das Umland mit in die jeweilige NUTS 3 Ebene einbezogen, so dass eine isolierte Betrachtung der Stadt selbst nicht mehr einfach möglich ist, in der Datenbank aber nachgewiesen wird. Die kleinsten kreisfreien Städte Deutschlands mit einer Einwohnerzahl von weniger als 50 000 wurden – mit Ausnahme von Frankenthal (Pfalz) – als „mittel“ besiedelt eingestuft.

Auch wenn etwa ein Drittel der OECD-Indikatoren für „How’s life“ auf Kreis- und teilweise auf Gemeindeebene vorliegt, sollen im Folgenden grundlegende Aspekte, die eng mit den materiellen Lebensbedingungen – aktuell und zukünftig – zusammenhängen wie allgemeine räumliche Lebenssituation, Einkommen, Erwerbstätigkeit und Bildungsstand eingehender betrachtet werden. Eine detaillierte Untersuchung der Lebensqualität in Analogie zu „How’s life“ soll wegen der Komplexität der Materie einer separaten Veröffentlichung vorbehalten bleiben. Im Folgenden werden betrachtet:

(1) Raum- bzw. Flächennutzungsmöglichkeiten (Zugang zu Grünflächen en 3¹⁴, Wohnfläche pro Person HO I),

14) Diese Codes beziehen sich auf die Nummerierung in der Publikation „How’s life“ der OECD; siehe Übersicht 3.

- (2) Einkommen und Vermögen (verfügbares Einkommen der privaten Haushalte IW I),
- (3) Berufstätigkeit (Erwerbstätigenquote JE I, Langzeitarbeitslosigkeit JE II),
- (4) Schulische und berufliche Bildung (allgemeine Hochschulreife ES I).

Dabei wird versucht, diese Indikatoren definitorisch soweit wie möglich an diejenigen von „How’s life“ anzulehnen und ggf. in Verbindung mit zumindest definitorisch ähnlichen statistischen Indikatoren – ungeachtet der damit verbundenen Zielsetzungen – für die „Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland“ und „Europa 2020“ zu ergänzen und kurz zu diskutieren.

Abbildung 4

Abb. 4a Anteil der Grünanlagen an der Gesamtbodenfläche 2010 in den größten kreisfreien Städten

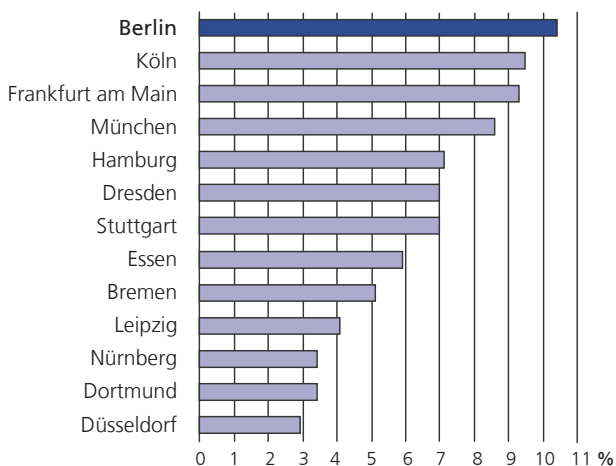


Abb. 4c Anteil der Grünanlagen an der Gesamtbodenfläche 2010 in den kleinsten kreisfreien Städten

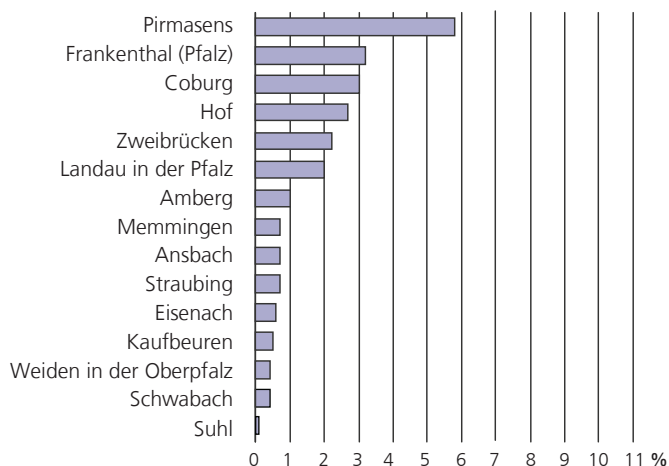


Abb. 4b Wohnfläche in Wohngebäuden pro Einwohner 2010 in den größten kreisfreien Städten

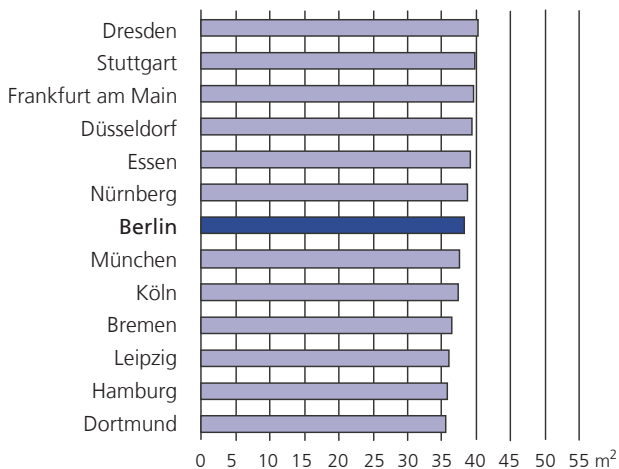
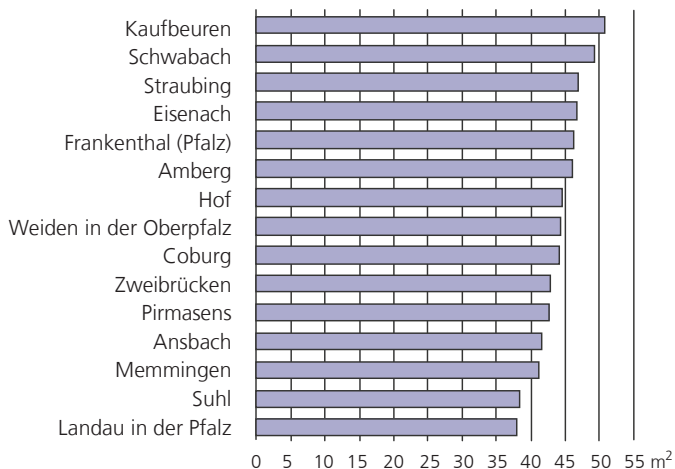


Abb. 4d Wohnfläche in Wohngebäuden pro Einwohner 2010 in den kleinsten kreisfreien Städten



3.2. Leben in Deutschland – Materielle Lebensbedingungen

3.2.1. Raum- bzw. Flächennutzungsmöglichkeiten

Die Raum- und Flächennutzung gibt nicht nur Aufschluss über die Siedlungsstruktur, sie liefert auch Anhaltspunkte über die materiellen Lebensbedingungen und die Lebensqualität. Im Bericht der OECD gibt es zwei unterschiedliche Bereiche, in denen Indikatoren zur Raumnutzung angesprochen werden. Dazu gehört einmal der Bereich „Wohnsituation“, und zum anderen wird die Grünfläche als Indikator für die Umweltqualität herangezogen.

In diesem Abschnitt soll zunächst die Siedlungsstruktur in Deutschland – vor dem Hintergrund der methodischen Ausführungen in Abschnitt 3.1 – dargestellt werden. Kreisfreie Städte – die größten und die kleinsten – dienen quasi exemplarisch für Gebiete mit einer „dichten“ bzw. solche mit einer überwiegend „mittleren“ Siedlungsdichte. Wegen der besonderen Bedeutung des Wohnumfeldes hier Grünflächen, für dicht besiedelte Gebiete, soll nachfolgend die Situation in den betrachteten Städten aufgezeigt werden. Und schließlich soll auf die Wohnsituation selbst eingegangen werden.

Deutschland hat eine Fläche von rund 357 000 km². Hier lebten am 31.12.2011 rund 82 Mio. Personen (siehe Tabelle 1): Die Siedlungsdichte reichte damit im Durchschnitt von mehr als 1 600 Einwohnern je km² für dicht besiedelte Kreise bis hin zu 79 Einwohnern je km² für dünn besiedelte Kreise. Insgesamt ist Deutschland zu zwei Dritteln dünn besiedelt. Auf lediglich 5 % der Fläche Deutschlands leben mehr als ein Drittel seiner Einwohner (35,4 %). In den 107 kreisfreien Städten Deutschlands, d. h. in etwa 1 % der deutschen Gemeinden¹⁵⁾ [27], leben insgesamt 31,7 % der Bevölkerung.

Ein Vergleich der kreisfreien Städte zeigt, dass rund 50 % der Stadtbevölkerung in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern lebt und weitere 42 % in kreisfreien Städten ab 100 000 bis unter 500 000 Einwohnern (Tabelle 2).

Ein Städtevergleich für die 13 größten kreisfreien Städte (Abbildung 3a) zeigt, dass vier davon mehr als 1 Mio. Einwohner aufweisen. Die größte Einwohnerzahl hatte Berlin mit 3,5 Mio. Einwohnern; am kleinsten war Nürnberg mit 511 000 Einwohnern. Betrachtet man hingegen die Siedlungsdichte (Abbildung 3b), d. h. die Einwohnerzahl pro Flächeneinheit, hier km², so ist sie am höchsten in München mit 4 436 Einwohnern, gefolgt von Berlin mit 3 927 Einwohnern je km². Bei acht Städten liegt die Siedlungsdichte zwischen 2 000 und 3 000 Einwohnern je km². Die übrigen Städte (Leipzig, Bremen und Dresden)

sind mit einer Siedlungsdichte von ca. 1 800 bis 1 600 deutlich weniger dicht besiedelt.

Die kleinsten kreisfreien Städte haben bezüglich der Einwohnerzahl eine größere Homogenität. Die Einwohnerzahl reicht von ca. 34 000 bis etwa 47 000 Einwohner (siehe Abbildung 3c). Diese kleinen kreisfreien Städte sind – wie die Großstädte auch – über ganz Deutschland verteilt. Von den Großstädten befinden sich vier in Nord-Rhein-Westfalen und die übrigen liegen überwiegend in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg.

Die Siedlungsdichte liegt für die kleinen kreisfreien Städte zwischen ca. 400 und 1 000 Personen je km². Sie wurden damit überwiegend als „mittel“ besiedelt im Gemeindeverzeichnis eingestuft (Abbildung 3d).

Gerade in dicht besiedelten Räumen ist der Zugang zu Grünflächen ein wichtiger Indikator für Well-Being. So wird von der OECD und auch von anderen Einrichtungen wie beispielsweise der Weltbank postuliert, dass Flächen für die Erholung des Einzelnen und damit für die Lebensqualität insgesamt von großer Bedeutung sind [14, S. 215]. Dies gilt umso mehr, je enger die Menschen räumlich zusammenleben, d. h. je höher die Siedlungsdichte ist. Von der OECD wurde „Grünfläche“ als sekundärer Indikator eingestuft, weil bislang ein OECD-weiter Vergleich nur auf der Basis von subjektiven Angaben aus nicht amtlichen Quellen möglich ist. Für Deutschland hingegen liegen in der amtlichen Statistik objektive Angaben aus der Flächenerhebung vor.

So liefert der Indikator Anteil der Grünanlagen an der Gesamtbodenfläche erste Anhaltspunkte für diesen Aspekt der Lebensqualität. Während der Anteil der Grünfläche an der Gesamtbodenfläche bei Städten über 500 000 Einwohner durchschnittlich bei 7 % liegt, beträgt dieser Anteil bei den kleinen kreisfreien Städten (<50 000 Einwohnern) nur 1 % im Durchschnitt (Tabelle 2). Stadtspezifisch ergeben sich unterschiedliche Werte: Besonders für die kreisfreien Großstädte (Abbildung 4a) reichen die Grünanlagenanteile von maximal ca. 10 % für Berlin und Köln bis hin zu 3 % in Dortmund und Düsseldorf; noch kleiner sind sie für kleine Städte. Bei der Mehrzahl dieser Städte (9) liegt der Grünanlagenanteil um 1 % und darunter (Abbildung 4a). Allerdings gemessen an der Grünanlagengesamtfläche für Deutschland liegt der Anteil der Städte über 500 000 Einwohner hier bei 44 %, bei den Städten unter 50 000 Einwohner nur bei 2 %.

Ob ein hoher Anteil an städtischer Freifläche mit einem hohen Erholungswert einhergeht, lässt sich aus einer derart isolierten Betrachtung nicht schließen. Hier wären ergänzende Analysen notwendig, z. B. bezüglich der Möglichkeiten, die das Umland zur Erholung bietet.

Ein weiterer Flächenindikator, der auf das persönliche Umfeld einer Privatperson oder eines Privathaushaltes

¹⁵⁾ Am 31. 12. 2011 hatte Deutschland ca. 11 300 Gemeinden (siehe [27]).

Abb. 5a Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs
„Bevölkerung“



Bevölkerungsdichte 2010
Kreise und kreisfreie Städte
Einwohner je km²

37,1 bis unter 900,7	(331)
900,7 bis unter 1 764,4	(53)
1 764,4 bis unter 2 628,0	(18)
2 628,0 bis unter 3 491,7	(8)
3 491,7 bis unter 4 355,3	(2)

Abb. 5b Indikatoren des Themenbereichs
„Gebiet und Fläche“



Anteil der Erholungsfläche an der Gesamtfläche 2010
Kreise und kreisfreie Städte in Prozent

0,2 bis unter 3,1	(327)
3,1 bis unter 6,0	(49)
6,0 bis unter 8,9	(23)
8,9 bis unter 11,8	(11)
11,8 bis unter 14,7	(2)

abstellt, ist die Wohnfläche. Die Wohnsituation wird von der OECD als wichtigste Komponente für den Lebensstandard einer Gesellschaft bezeichnet. Dadurch werden nicht nur elementare Bedürfnisse wie Schutz vor Wittereinflüssen Regen, Schnee oder Naturkatastrophen etc. abgedeckt, sondern die Wohnsituation liefert auch Anhaltspunkte zur Beurteilung der individuellen Sicherheit sowie der potenziellen Privatsphäre eines Einzelnen.

Die OECD empfiehlt zur Beurteilung der Wohnsituation insgesamt vier verschiedene Indikatoren. Kernindikatoren sind einmal die Anzahl der Räume je Person und Wohnung und zum anderen die Ausstattung mit grundlegenden Hygieneeinrichtungen wie beispielsweise mit an das öffentliche Kanalnetz angeschlossenen Sanitäreinrichtungen¹⁶⁾ [28]. Zu beidem gibt es Anhaltspunkte aus der Regionalstatistik Deutschlands¹⁷⁾. Der Einfachheit halber soll im Folgenden als Indikator für die Wohnsituation die Wohnfläche in m² je Person genügen.

Die Wohnfläche pro Person in m² liegt – weitgehend unabhängig von der Einwohnerzahl einer Stadt – in den Großstädten zwischen 36 m² (Dortmund) und 40 m² (Dresden) pro Person (Abbildung 4b). Bei den kleinen kreisfreien Städten ist die statistisch jedem Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche überwiegend noch größer und liegt zwischen 38 m² (Landau i. d. Pfalz und Suhl) und 51 m² (Kaufbeuren) (Abbildung 4d). Tendenziell ist damit die Wohnsituation unter dem Gesichtspunkt der Wohnfläche in den kleinen kreisfreien Städten besser als in den Großstädten. Da sich das Stadt-/Landgefälle aber nicht nur in der Größe der Wohnungen, sondern auch ihren Preisen und der Haushaltsstruktur widerspiegelt, müssen für eine differenziertere Untersuchung der Lebensqualität ggf. personengruppen- bzw. haushaltsgruppenspezifisch weitere Indikatoren wie beispielsweise die Miet- bzw. Wohnpreise herangezogen werden.

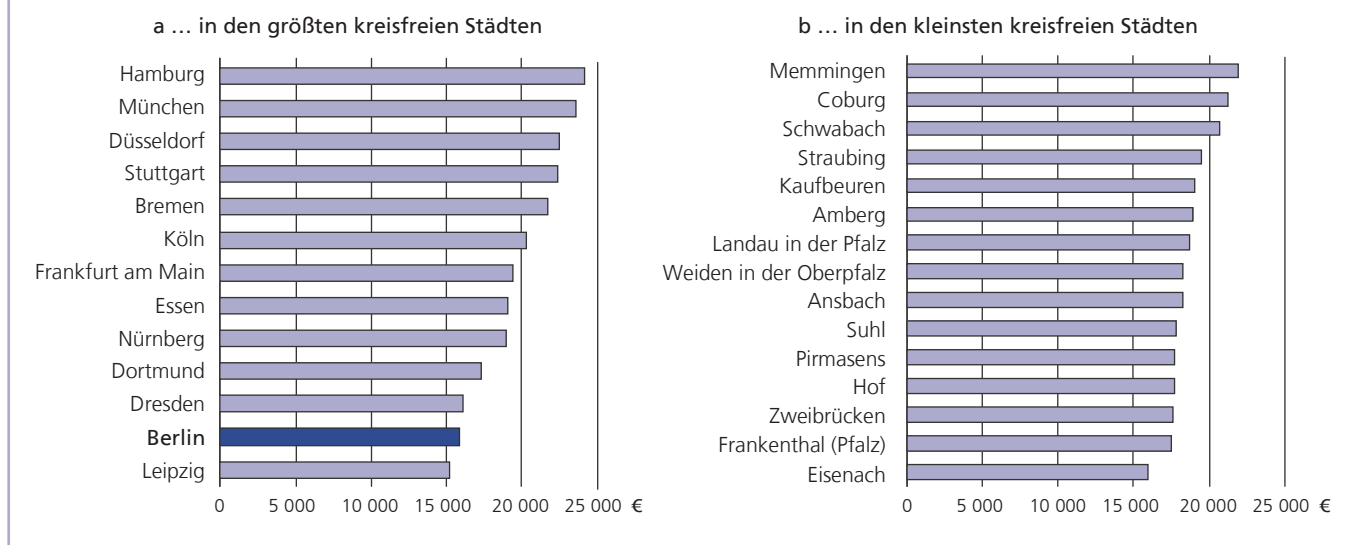
Betrachtet man die verschiedenen Flächenindikatoren zur Siedlungs-, Erholungs- und Wohnsituation unter Berücksichtigung ihrer Lage im Raum, so bieten sich aus dem Standardveröffentlichungsprogramm der amtlichen Statistik, besonders dem Regionalatlas, Karten dazu an.

Die Karte zur Bevölkerungsdichte (Abbildung 5a) zeigt, dass sich dicht besiedelte Gebiete über ganz Deutschland, allerdings häufig auf einzelne Kreise konzentriert, verteilen. Größere zusammenhängende dicht besiedelte Gebiete befinden sich vor allem in Nordrhein-Westfalen – rund um Düsseldorf – und im Rhein-Main-Gebiet zwischen Frank-

16) Für beide Indikatoren gibt es Angaben auf Kreisebene aus der Bundesstatistik; siehe [28], hier S. 72 bezüglich des Wohnungsbestandes und S. 79 bezüglich der öffentlichen Abwasserbehandlung.

17) Die Räume je Person lassen sich aus der Regionaldatenbank Deutschland aus der Anzahl der Wohngebäude und der darin enthaltenen Wohnungen und Räume berechnen. Aufgrund der unterschiedlichen Größe der Räume wird dem Indikator „Wohnfläche pro Person in m²“ der Vorzug gegeben. Zur Ausstattung der Wohnungen ist anzumerken, dass alle in der Statistik nachgewiesenen Wohnungen über entsprechende Hygieneeinrichtungen verfügen, der Indikator damit für Deutschland für eine Beurteilung in der OECD-Abgrenzung nicht hinreichend geeignet erscheint.

Abb. 6 Verfügbares Einkommen je Einwohner 2009 ...



furt und Mainz. Auch in der Region Nürnberg und im Bereich Mannheim-Heidelberg grenzen mehrere dichter und dicht besiedelte Kreise mit einer Siedlungsdichte von mindestens 900 Einwohnern pro km² aneinander.

Die Erholungsfläche umfasst neben der Fläche für Grünanlagen Parks, Schrebergärten, Sportflächen und Campingplätze, Flächen, die überwiegend dem Sport und der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Die Erholungsflächen in Deutschland folgen zu weiten Teilen der Siedlungsstruktur. Besonders große Flächenanteile finden sich vor allem in den dicht und dichter besiedelten Kreisen. Größere zusammenhängende Erholungsflächen mit einem Flächenanteil von mehr als 3 % der Gesamtfläche gibt es vor allem im Ruhrgebiet sowie dem Dreieck von Magdeburg, dem Burgenlandkreis südlich von Halle und Leipzig. Diese Ergebnisse stimmen tendenziell mit den Ergebnissen für die oben näher betrachteten kreisfreien Städte, die kleinsten und die größten, überein, derart, dass die Grünflächen- bzw. die Erholungsflächenanteile an der Gesamtfläche umso größer sind, je mehr Einwohner eine Stadt hat.

3.2.2 Einkommen und Vermögen

Einkommen und Vermögen sind bei „How's life“ die grundlegenden Komponenten von materiellem Wohlstand. Während Einkommen es dem Einzelnen ermöglicht, sich seine Bedarfe und Wünsche zu erfüllen, dient Vermögen dazu, einen einmal gewonnenen Lebensstandard zu erhalten [14, S. 37 f.]. Auch in der europäischen Strategie „Europa 2020“ wird Bezug genommen auf die Einkommenssituation, allerdings mit der Zielsetzung: Verringerung der Armutgefährdung in Europa [29].

Die OECD empfiehlt als „... best measure of people's economic resources ...“ [14, S. 39] das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen (household net adjusted disposable income), berechnet aus den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen [14, S. 39]. Diese Angaben sind auch für Deutschland auf Kreisebene aus der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder verfügbar. Hier ergibt sich für 2009 folgende Situation: Der Großteil des verfügbaren Haushaltseinkommens konzentriert sich auf die kreisfreien Großstädte. So verfügte die Bevölkerung in kreisfreien Städten mit 31,3 % über nahezu ein Drittel des verfügbaren Gesamteinkommens. Im Durchschnitt liegt es bei 19 200 EUR je Einwohner und Jahr in den Großstädten. Am niedrigsten war das frei verfügbare Jahreseinkommen mit 17 600 EUR in Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern (Tabelle 2). Betrachtet man die größten und die kleinsten kreisfreien Städte (Abbildung 6a und 6b), so ergeben sich deutliche Unterschiede. In sechs Großstädten (Hamburg, München, Düsseldorf, Stuttgart, Bremen und Köln) lag das durchschnittliche verfügbare Einkommen pro Einwohner über 20 000 EUR. Mit rd. 24 000 EUR war es am höchsten für Hamburg und mit ca. 15 000 EUR für Leipzig am niedrigsten. Für die kleinsten kreisfreien Städte war die Spanne von 16 000 EUR (Eisenach) bis 22 000 EUR (Memmingen) deutlich geringer. Diese Werte bieten Anhaltspunkte zur Beurteilung der materiellen Situation; für eine möglichst realitätsnahe Betrachtung müssen allerdings weitere Faktoren, besonders die Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur in demografischer und soziodemografischer Hinsicht oder die Erwerbsmöglichkeiten in beruflicher und räumlicher Hinsicht, hinzugezogen werden.

Die materielle Situation lässt sich nicht nur positiv anhand des verfügbaren Einkommens messen. Weitere Einblicke liefert eine Negativ-Betrachtung, wie sie zumindest teil-

weise Gegenstand von „Europa 2020“ ist. Unter dem Aspekt der Integration bzw. Inklusion wurde der Indikator „Armutsgefährdungsquote“ festgelegt. Die in Deutschland von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder berechnete Armutsgefährdungsquote ist ein relatives Maß der Einkommensverteilung. Sie ist definiert als der Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Je nach räumlicher Bezugsgröße (Bund, Länder, nach tiefer regionaler Gliederung) lassen sich unterschiedliche Armutsgefährdungsquoten berechnen. Bei den hier zunächst zugrunde gelegten Armutsgefährdungsquoten nach dem Bundesmedian liegt allen Städten eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde (2011: 848 EUR für Einpersonenhaushalte), die anhand des mittleren Einkommens (Median) im gesamten Bundesgebiet berechnet wird. Dabei werden Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Großstädten nicht beachtet.

Die Armutsgefährdungsquote nach tiefer regionaler Gliederung ist flächendeckend auf der Ebene der Regierungsbezirke bzw. Statistischen Regionen der europäischen Klassifikation NUTS 2, nach Raumordnungsregionen bzw. Anpassungsschichten und für die 15 größten deutschen Städte (mit mehr als 500 000 Einwohnern) verfügbar¹⁸⁾ [30].

Für die betrachteten kreisfreien Großstädte¹⁹⁾ ergeben sich danach folgende Rangreihen in Bezug auf den Bun-

desmedian (siehe Abbildung 7a) bzw. in Bezug auf den Median der jeweiligen Großstadt (siehe Abbildung 7b).

Das Armutsrisiko war 2011 mit 25,0 % am höchsten für Leipzig, d. h. hier verfügten ein Viertel der Wohnbevölkerung über ein Einkommen von weniger als 60 % des Bundesmedians des Äquivalenzeinkommens. Es folgen in absteigender Reihenfolge Dortmund mit 24,2 %, Duisburg mit 23,5 % und Hannover mit 22,6 %. Am niedrigsten war das am Bundesmedian gemessene Armutsrisiko in München mit 11,8 % und in Hamburg mit 14,7 %.

Kartografisch, d. h. für Deutschland insgesamt, ist nur die Einkommenssituation flächendeckend auf Kreisebene verfügbar (siehe Abbildung 8).

Wählt man die Kreise als regionale Einheit und weitet die Betrachtung auf Deutschland insgesamt aus, so zeigt sich, dass das verfügbare Einkommen 2009 je Einwohner am höchsten im Stadtkreis Heilbronn war mit rund 31 000 EUR. Es lag damit sogar um rund 7 000 EUR höher als in Hamburg und München, die kreisfreien Großstädte mit dem höchsten verfügbaren Einkommen (Abbildung 6a). Aus der Karte geht hervor, dass es sich bei den Kreisen mit dem höchsten Einkommen überwiegend um Landkreise handelt. In abnehmender Reihenfolge war das verfügbare Einkommen je Einwohner besonders hoch in Heilbronn, in dem Landkreis Starnberg, dem Hochtaunuskreis, Sankt Wendel, dem Landkreis München, dem Stadtkreis Baden-Baden, dem Kreis Olpe, dem Landkreis Erlangen-Höchstadt, dem Stadtstaat Hamburg sowie dem Main-Taunus-Kreis (letzterer mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 23 612 EUR).

18) Diese Ergebnisse sind kostenlos abrufbar unter [30].
 19) Der Vollständigkeit wegen und um Verzerrungen zu vermeiden, werden im Text auch Angaben zu den Städten Hannover und Duisburg gemacht, Städten, die aus der Betrachtung ausgeschlossen wurden wegen der fehlenden Eigenschaft als kreisfreie Stadt (Hannover) oder wegen der Einwohnerzahl (Duisburg).

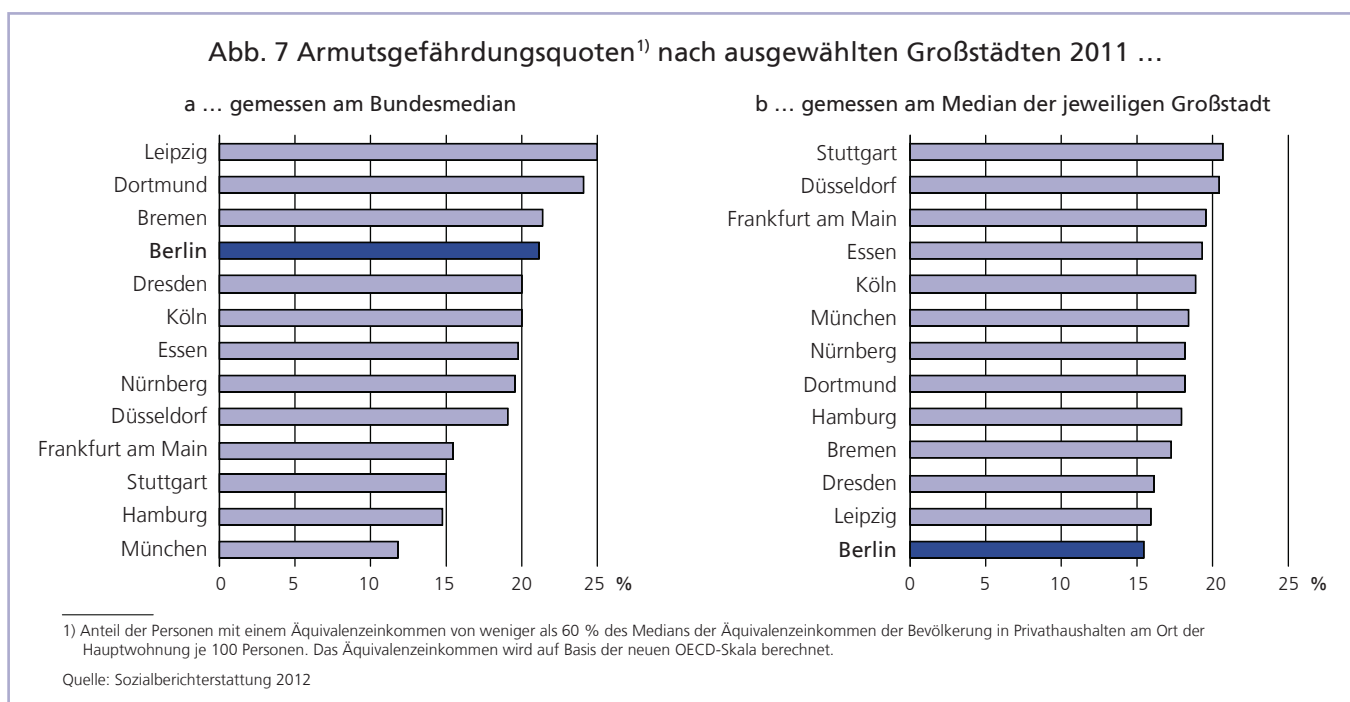


Abb. 8 Regionalatlas Deutschland Indikatoren des Themenbereichs „Verdienste und Einkommen“



Verfügbares Einkommen je Einwohner 2009
Kreise und kreisfreie Städte in Euro

13 895 bis unter 17 320	(119)
17 320 bis unter 20 745	(228)
20 745 bis unter 24 170	(57)
24 170 bis unter 27 595	(5)
27 595 bis unter 31 020	(3)

Unter diesen Top 10 gab es nur drei kreisfreie Städte: Heilbronn, Baden-Baden und Hamburg (in absteigender Reihenfolge). Bei den Kreisen mit dem höchsten verfügbaren Einkommen je Einwohner handelt es sich überwiegend um Landkreise in der Nähe von Großstädten, also den Wohnorten von Beziehern hoher Einkommen.

3.2.3 Berufstätigkeit

Während im vorherigen Abschnitt Umfang und Quelle des finanziellen Mittelbestandes untersucht wurden, geht es in diesem Abschnitt vor allem um die Erwerbstätigkeit und damit verbundene Zielsetzungen. In ihren Vorbemerkungen zu diesem Abschnitt führt die OECD aus, dass eine den persönlichen Wünschen und Fähigkeiten entsprechende Berufstätigkeit mit einer angemessenen Bezahlung das Ziel eines jeden Menschen weltweit ist. Auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Einkommenssituation von Bedeutung, allerdings in Verbindung mit dem Ziel der Gerechtigkeit der Entlohnung von Frauen und Männern²⁰⁾ [7, S. 58 f.].

Als Kernindikatoren werden in „How’s life“ genannt: (1) Erwerbstätigenquote, die Langzeitarbeitslosigkeit und der durchschnittliche Jahresverdienst je Beschäftigten.

Die Erwerbstätigenquote ist definiert als Anteil der 15- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen an der Bevölkerung in dieser Altersgruppe. Auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie in „Europa 2020“ ist dieser Indikator enthalten. Für Deutschland und Europa sind diese Indikatoren mit Zielen versehen. In beiden Fällen wird angestrebt, die Quote bis zum Jahr 2020 auf 75 % zu erhöhen. Für Deutschland erfordert dies eine Steigerung um 2 Prozentpunkte, ausgehend von 73 % in 2010 [7, S. 54 ff.]. Der Indikator Erwerbstätige insgesamt (am Arbeitsort) je 1 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren gibt Auskunft über die Arbeitsplatzdichte.

20) In der deutschen Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ wird der Indikator „Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen“ zur Verringerung der sozialen Ungleichheit verwendet; siehe dazu [7, S. 58 f.].

Abb. 9 Erwerbstätige am Arbeitsort in Prozent der 15- bis 65-jährigen Bevölkerung 2010 ...

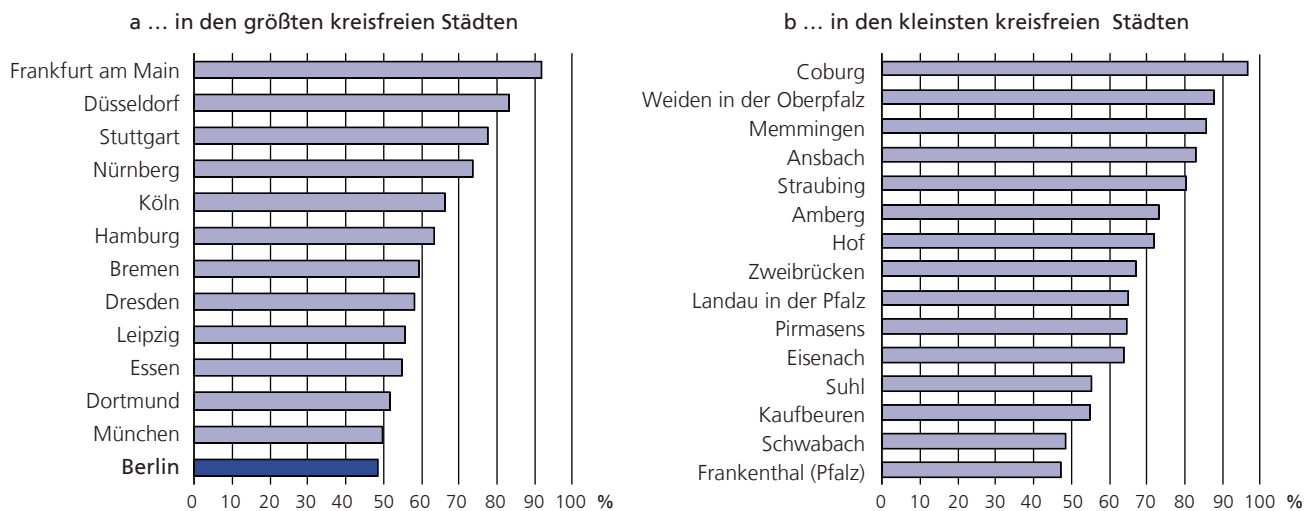


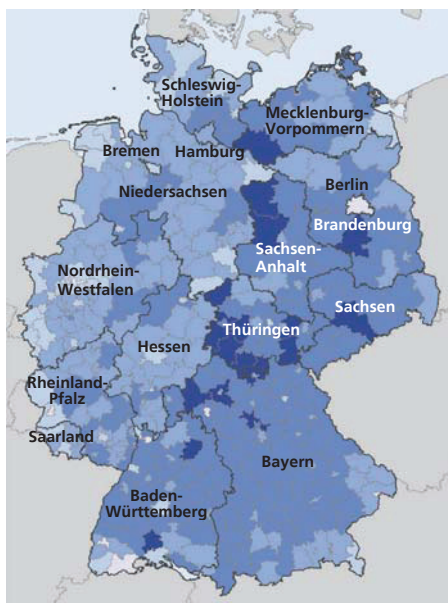
Abb. 10a Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs
„Erwerbstätigkeit“



Arbeitsplatzdichte 2009
Kreise und kreisfreie Städte
Anzahl der Erwerbstätigen

380,7 bis unter 665,2	(167)
665,2 bis unter 949,7	(171)
949,7 bis unter 1 234,2	(41)
1 234,2 bis unter 1 518,7	(16)
1 518,7 bis unter 1 803,2	(1)

Abb. 10b Indikatoren des Themenbereichs
„Erwerbstätigkeit“



Beschäftigtenquote 2010
Kreise und kreisfreie Städte in Prozent

38,2 bis unter 43,1	(327)
43,1 bis unter 48,0	(49)
48,0 bis unter 52,8	(23)
52,8 bis unter 57,7	(11)
57,7 bis unter 62,6	(2)

Der Indikator reicht für die deutschen Großstädte von 92 % (Frankfurt/M.) bis 48 % in Berlin. Dieser Indikator sagt vor allem etwas aus über das Arbeitsangebot vor Ort in der betrachteten Altersklasse. Für die kleinen kreisfreien Städte ist eine ähnliche Spanne zu beobachten: So waren die Indikatorenwerte mit 96 % für Coburg am höchsten, für Frankenthal (Pfalz) hingegen mit 47 % am niedrigsten.

Einen kurzen Einblick in die Situation in Deutschland bezüglich Arbeitskräfteangebot und Arbeitsplatzangebot bieten die beiden Karten 10a und 10b.

Für Deutschland insgesamt liegt das Verhältnis der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Wohnbevölkerung (Karte 10a) in mehr als der Hälfte aller Kreise bei über zwei Drittel. Das trifft vor allem auf den Westen und Süden von Deutschland zu. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort betrachtet. Bezüglich dieser sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort bezogen auf die Erwerbsfähigen am Wohnort im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Karte 10b) liegt dieser Anteil in der überwiegenden Zahl der Kreise bei mehr als 50 %. Besonders hoch sind diese Anteile im Osten und Süden Deutschlands. Vor allem in Grenzregionen, besonders im Westen, gibt es jedoch auch Kreise mit einer Beschäftigtenquote unter 48 %. Die OECD veranschaulicht diese Indikatoren an Beispielen [14, S. 60 f.].

Ein wichtiger Indikator zur Beschreibung der Arbeitsmarktsituation in einem Land oder einer Region ist die Arbeitslosigkeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit wird bei der OECD als Indikator für das Risiko der gesellschaftlichen Ausgrenzung, einer potenziellen Armut und der Deprivation gewählt. Eine derartige Betrachtung ist insofern notwendig, als die OECD-Indikatoren in „How’s life“ vor allem zur Bestandsaufnahme, d. h. zur Beschreibung des Ist-Zustandes in ihren Mitgliedstaaten bzw. weltweit dienen. In der europäischen Strategie „Europa 2020“ – und damit für Deutschland – wird dazu der Indikator „Armutgefährdungsrisiko“, wie oben bereits ausgeführt, herangezogen.

Als „Langzeitarbeitslose“ werden bei der OECD diejenigen Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren bezeichnet, die mehr als ein Jahr arbeitslos waren. Für Deutschland wird von der Bundesagentur für Arbeit der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt²¹⁾ [31] bereitgestellt. Für die kreisfreien Städte – die größten und die kleinsten – ergibt sich folgende Situation (Abbildung 11a und 11c).

Bei der Mehrheit der betrachteten Großstädte lag die Langzeitarbeitslosigkeit gemessen an allen Arbeitslosen bei mehr als 35 %. Das heißt, dass mindestens jeder

21) Dieser Indikator wird auch im Regionalatlas abgebildet; siehe [31].

Abbildung 11

Abb. 11a Langzeitarbeitslose in Prozent der Arbeitslosen insgesamt 2011 in den größten kreisfreien Städten

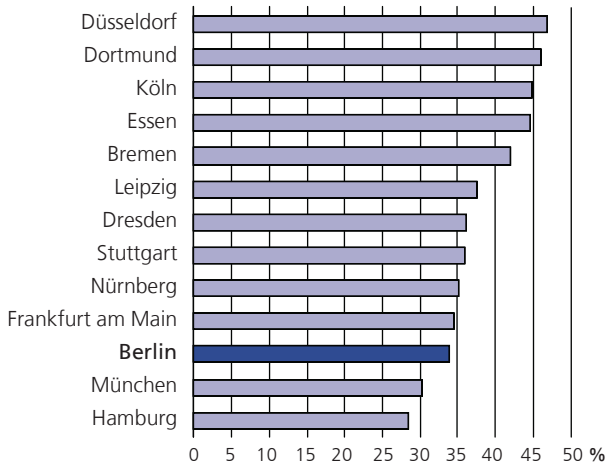


Abb. 11c Langzeitarbeitslose in Prozent der Arbeitslosen insgesamt 2011 in den kleinsten kreisfreien Städten

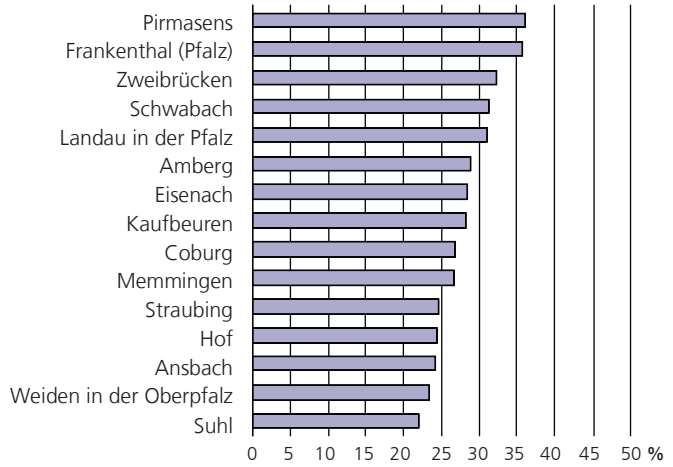


Abb. 11b Arbeitslose in Prozent im Alter von 15 bis unter 25 Jahren der Arbeitslosen insgesamt in den größten kreisfreien Städten

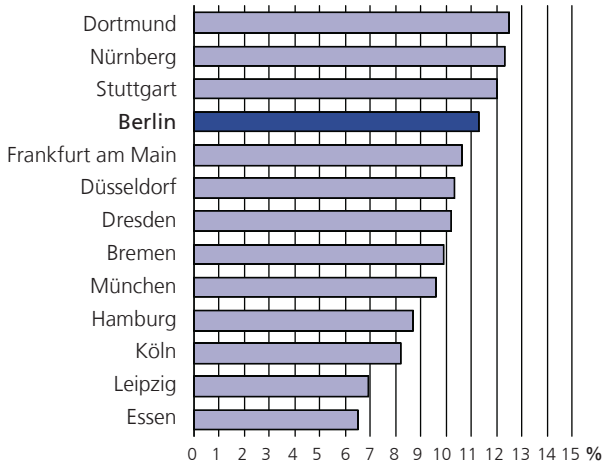
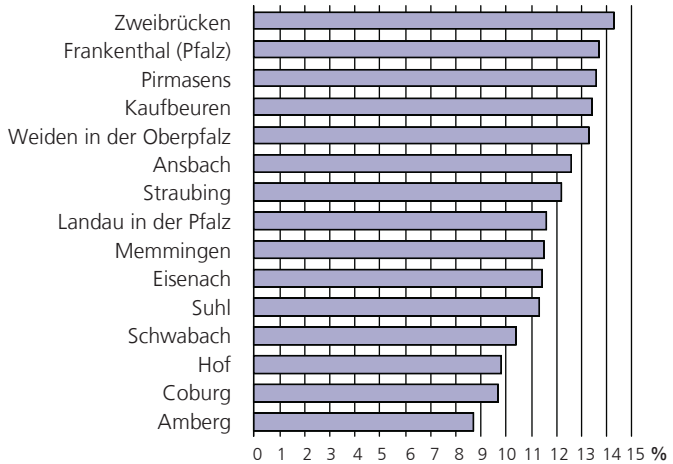


Abb. 11b Arbeitslose in Prozent im Alter von 15 bis unter 25 Jahren der Arbeitslosen insgesamt in den kleinsten kreisfreien Städten



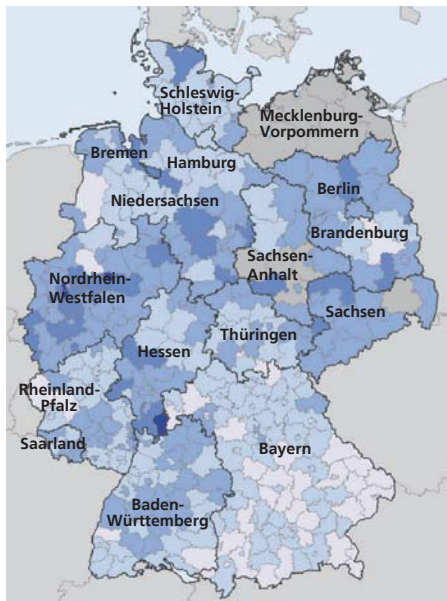
dritte Arbeitslose 2011 auch zugleich mehr als ein Jahr ohne Arbeit war. Relativ am niedrigsten war die Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg mit 28,4 %, gefolgt von München mit 30,2 %. Das heißt, in Hamburg oder München waren 3 von 10 Arbeitslosen länger als ein Jahr als arbeitslos gemeldet.

Aus Tabelle 2 geht auch hervor, dass absolut die Anzahl der Arbeitslosen in Großstädten deutlich höher ist – für die 13 größten Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern – waren dies mit ca. 233 000 knapp die Hälfte der Langzeitarbeitslosen (insgesamt ca. 451 000 Langzeitarbeitslose) in der Gesamtheit der kreisfreien Städte. Anders verhält es sich für die kleinen kreisfreien Städte: Hier lag die Langzeitarbeitslosigkeit maximal bei 36 % (Pirmasens) und minimal bei 22 % (Suhl). Anders als bei den kreisfreien Großstädten betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen an

den Arbeitslosen insgesamt bei den kleinen Städten – mit Ausnahme von fünf Städten – weniger als 30 %. Ein differenziertes Bild über die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personengruppen wie Männer, Frauen, Jugendliche, Ausländer liefern entsprechende Arbeitslosenquoten. Aufgrund der besonderen Bedeutung der schulischen Bildung und beruflichen Ausbildung bei „How's life“, der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie Europa 2020 soll hier bereits kurz ergänzend auf die Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen, vor allem die Arbeitslosigkeit, eingegangen werden. Die Jugendarbeitslosigkeit, definiert als Anteil der 15- bis unter 25-Jährigen als arbeitslos gemeldeten Personen an den Arbeitslosen insgesamt, stellt sich für die ausgewählten Kreise wie folgt dar (Abbildung 12c).

Der OECD-Indikator „Langzeitarbeitslosigkeit“ als Indikator unter anderem für soziale Ausgrenzung zeigt für

Abb. 12a Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs
„Arbeitslosigkeit“



Anteil Langzeitarbeitslose an Arbeitslosen insgesamt 2011
Kreise und kreisfreie Städte in Prozent

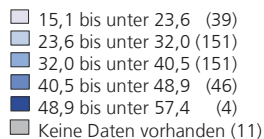
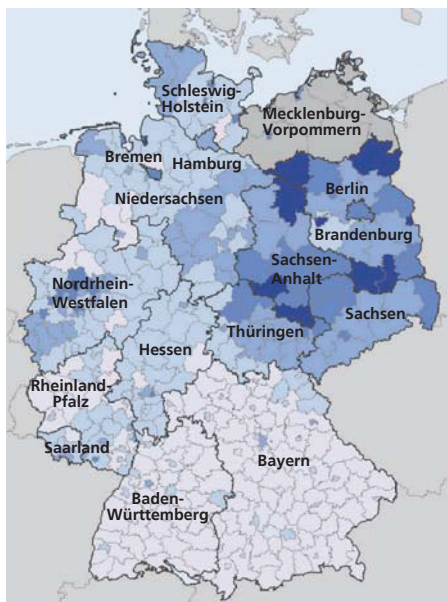


Abb. 12b Indikatoren des Themenbereichs
„Arbeitslosigkeit“



Arbeitslosenquote 2011
Kreise und kreisfreie Städte in Prozent

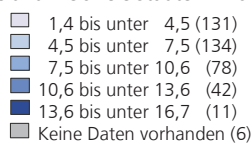
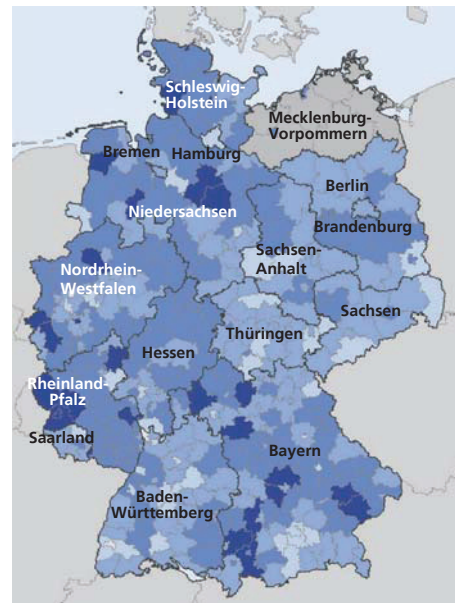
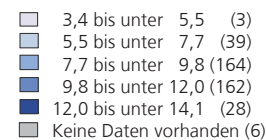


Abb. 12c Indikatoren des Themenbereichs
„Arbeitslosigkeit“



Anteil Arbeitslose 15 bis 25 Jahre an Arbeitslosen insgesamt 2010
Kreise und kreisfreie Städte in Prozent



Deutschland, dass diese Gefahr nahezu in allen deutschen Kreisen mit Ausnahme der Gebiete im Südosten besteht (Abbildung 12a). Mit 57,4 % war sie 2011 am höchsten in der kreisfreien Stadt Hamm, gefolgt von dem Odenwaldkreis (55,2 %) sowie den kreisfreien Städten Mülheim a. d. Ruhr (54,3 %) und Oberhausen (50,3 %). In weiteren 52 Kreisen und kreisfreien Städten lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen, gemessen an den Arbeitslosen insgesamt, zwischen 40 % und 49 %. Betrachtet man hingegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt (Abbildung 12b), d. h. alle bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gemessen an den Erwerbspersonen insgesamt, so sind von Arbeitslosigkeit vor allem die Landkreise in Deutschland besonders stark betroffen. Von den 10 am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Kreisen befanden sich 8 im Osten Deutschlands.

Bezieht man – im Hinblick auf intergenerative Entwicklungen – die Jugendarbeitslosigkeit mit ein, so war in 8 der o. g. von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Kreisen auch die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch. An erster und zweiter Stelle der von Jugendarbeitslosigkeit besonders betroffenen Kreise lagen die Uckermark mit 15,6 % und Bremerhaven mit 14,9 %

Vergleicht man den Aussagegehalt verschiedener Indikatoren zur Arbeitslosigkeit, so ist Langzeitarbeitslosigkeit

– in Anlehnung an „How’s life“ – der Indikator, mit dem am ehesten die Gefahr einer sozialen Ausgrenzung verbunden ist. Unter intergenerativen Gesichtspunkten wären zumindest kombinierte Auswertungen besonders von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit notwendig.

3.2.4 Schul- und Ausbildung

Erziehung und Ausbildung haben einen großen Einfluss auf die Lebensqualität, da sie sowohl dem Einzelnen Entwicklungsmöglichkeiten und einen besseren Lebensstandard gestatten und gesamtgesellschaftlich zu einem höheren wirtschaftlichem Wachstum, einem stärkeren Zusammenhalt und weniger Kriminalität führen [14, S. 145]. Ein Kernindikator der OECD für diesen Bereich ist der Anteil der 25- bis unter 65-jährigen Bevölkerung mit einem tertiären Abschluss. Ähnliche Indikatoren gelten für die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sowie die europäische Strategie „Europa 2020“. In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2012 werden der Anteil der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung mit einem tertiären oder postsekundären nicht tertiären Abschluss an allen 30- bis 34-Jährigen sowie der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II und nicht in Ausbildung befindlich bzw. an allen 18- bis 24-Jährigen verwendet [7, S. 58]. Ähnliches gilt für Europa 2020 [32], (Abbildung 13a und 13b).

Da der Bevölkerungsanteil der 25- bis unter 65-Jährigen mit einem Tertiärabschluss nur aggregiert für Deutschland und nicht kleinräumig vorliegt, soll im Folgenden als Indikator für den Bildungsstand der Anteil der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife an den Schulabgängern insgesamt verwendet werden. Dieser Anteil

war in 2010 mit nahezu 60 % in Hamburg am höchsten. Insgesamt, d. h. bezogen auf die größten und kleinsten kreisfreien Städte, lagen die weiteren Anteile zwischen 26,2 % für Kaufbeuren und 41,2 % für Berlin. Für Deutschland weist die OECD nach der eingangs genannten Definition einen Wert von rund 27 % für 2009 aus²²⁾. Auch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie enthält Indikatoren zum Bildungsstand, wenn auch in anderer inhaltlicher Abgrenzung. Unterschieden wird dabei nach verschiedenen Aggregationsstufen von tertiärem und postsekundärem, nichttertiären Bildungsabschluss; auch altersgruppenmäßig bestehen Unterschiede, derart, dass für Deutschland bei diesem Bildungsindikator die Angaben auf die 30 bis 34 Jahre alte Bevölkerung bezogen werden. Dieser Wert liegt für Deutschland nach der EU-Abgrenzung bei 29,8 % [7, S. 28 f.].

Eine Differenzierung bezüglich der Schulabbrecher, d. h. der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss (Deutschland), wie bei der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und bei „Europa 2020“, zeigt die große Spanne der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (Abbildung 14 b).

Weitet man die Betrachtung auf Deutschland aus, so ergibt sich auf der Ebene der Kreise ein umfassenderes Bild, als es die o. g. Betrachtung der größten und kleinsten kreisfreien Städte erlaubt.

Der Anteil der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife ist besonders hoch, beginnend mit 60,9 % in Potsdam, gefolgt – wie bereits erwähnt – von Hamburg mit 59,8 % und Neustadt a. d. Weinstraße mit 57,9 %. Unter den Top 10 befinden sich – mit Ausnahme des

²²⁾ [14] „Figure 7.2. Population that has attained a tertiary degree“, S. 152. Ein Verweis auf die nationale Quelle erfolgt nicht.

Abb.13 Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife in Prozent der Schulabgänger insgesamt 2010 ...

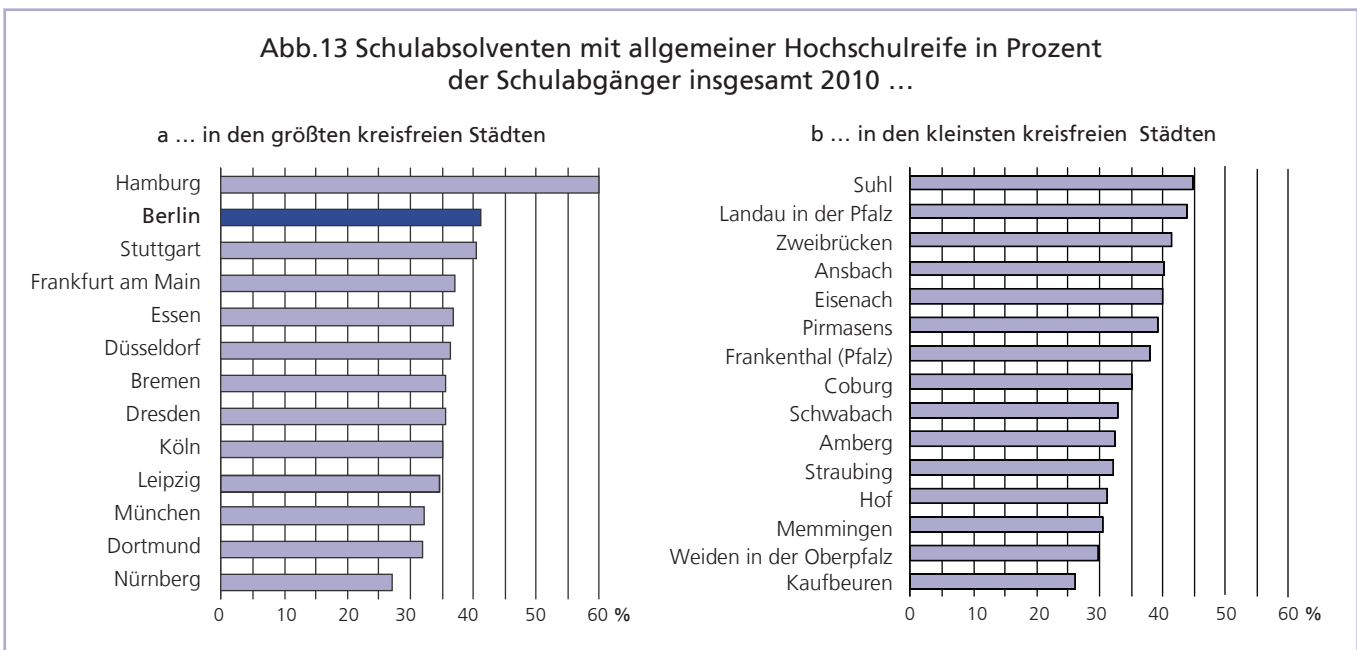


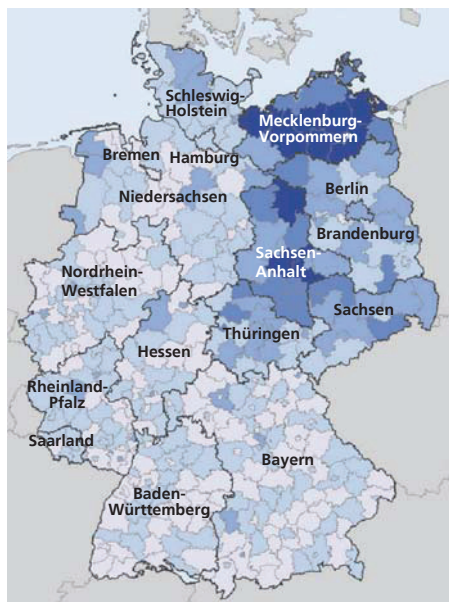
Abb. 14a Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs
„Bildung“



Anteil Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife 2010
Kreise und kreisfreie Städte in Prozent

0,0 bis unter 12,2	(6)
12,2 bis unter 24,4	(109)
24,4 bis unter 36,5	(211)
36,5 bis unter 48,7	(73)
48,7 bis unter 60,9	(13)

Abb. 14b Indikatoren des Themenbereichs
„Bildung“



Anteil Schulabgänger ohne Hochschulabschluss 2010
Kreise und kreisfreie Städte in Prozent

1,9 bis unter 5,1	(142)
5,1 bis unter 8,3	(182)
8,3 bis unter 11,4	(58)
11,4 bis unter 14,6	(18)
14,6 bis unter 17,8	(12)

Spree-Neiße-Landkreises – sechs kreisfreie Städte in den Bundesländern des östlichen Landesteils. Bis auf Hamburg sind dies mittelgroße Städte. Die Karte weist im Übrigen einige Landkreise in Bayern aus, in denen dieser Anteil unter 12 % lag; für die im Zentrum liegende Kreisstadt (wie z. B. für Würzburg, Bamberg, Schwabach oder Regensburg) liegt dieser Wert zwischen 32,8 % und 52,9 % und ist damit deutlich höher als die Werte in den umliegenden (Land-)Kreisen. Ähnliches gilt auch für den Landkreis Südwestpfalz mit der kreisfreien Stadt Pirmasens im Zentrum.

Was den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss anbetrifft, so ist der besonders hoch in der kreisfreien Stadt Schwerin mit 17,8 %, gefolgt von der kreisfreien Stadt Wismar mit 17,7 %. Sämtliche Kreise mit einer Schulabgängerquote von mehr als 11 % liegen in den Bundesländern Ostdeutschlands. Besonders betroffen sind dabei vor allem die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In den westlichen und südlichen Bundesländern gibt es ebenfalls Kreise mit hohen Schulabgängerquoten; sie liegen hier jedoch unter 11 %: Dies waren in absteigender Reihenfolge die kreisfreie Stadt Gelsenkirchen (10,2 %), gefolgt von Offenbach am Main (10,0 %), der Grafschaft Bentheim (9,8 %), dem Landkreis Günzburg (9,5 %) sowie Fürth (9,4 %) und Nürnberg (9,4 %).

Die Auswertungen zeigen, auch wenn auf nationaler Ebene hohe Werte erreicht werden, z. B. bezüglich dem Bevölkerungsanteil mit einer allgemeinen Hochschulreife, dass sich kleinräumig ein differenzierteres Bild ergibt. Tendenziell gilt, dass je kleiner die betrachteten räumlichen Einheiten werden, desto größere Unterschiede können bezüglich der materiellen Lebensbedingungen und der Lebensqualität bestehen.

4. Bereichsübergreifende Betrachtungen

Zusammenfassend lassen sich die materiellen Lebensbedingungen in Anlehnung an „How's life“ der OECD für Deutschland wie folgt kennzeichnen: Die deutsche Bevölkerung lebt zu einem Großteil in Großstädten und deren Umland. Aufgrund der relativ hohen Siedlungsdichte in Städten sind Grünanlagen bzw. Erholungsflächen von besonderer Bedeutung. Auch hier weisen nahezu alle Großstädte Grün- bzw. Erholungsflächen auf, die überwiegend mehr als 3 % der Gesamtfläche ausmachen. Was die Wohnsituation anbetrifft, ist der Wohnraum, vor allem gemessen an der Anzahl von m² Wohnfläche pro Person, für die betrachteten dicht und mittel besiedelten Städte relativ ähnlich. Wählt man den Wohnungsbestand je 1 000 Einwohner als Indikator, so zeigt die kartografische Darstellung für die Bundesländer, dass im Osten und Norden von Deutschland wie auch in den Bundesländern Bremen und Saarland zumindest statistisch 500 von 1 000 Einwohnern, d. h. jeder zweite Einwohner,

über eine eigene Wohnung verfügt. Dies ist anders für die westlichen und südlichen Bundesländer: Hier gibt es je 1 000 Einwohner weniger als 490 Wohnungen. Diese Angaben liefern erste Anhaltspunkte über die Wohnsituation in Deutschland. Für eine kleinräumige Analyse sind kartografische Darstellungen auf Kreisebene notwendig; die dafür notwendigen Angaben liegen in der Regionaldatenbank Deutschland vor und könnten relativ einfach in den Regionalatlas aufgenommen werden.

Die Einkommenssituation – ein wichtiger Indikator für die materiellen Lebensbedingungen – ist für Deutschland West bis auf wenige Ausnahmen für einige Kreise im Nordwesten sowie im Südosten mit einem verfügbaren Einkommen je Einwohner von mehr als 17 320 EUR teilweise deutlich höher als im östlichen Deutschland. Hier wird ein vergleichbares Durchschnittseinkommen nur für Berlin und das nähere Umland erreicht.

Die Arbeitsmarktsituation, besonders Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit, zeigt für Deutschland ein recht heterogenes Bild. Während die Erwerbsfähigkeit (d. h. der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Wohnbevölkerung) in der überwiegenden Anzahl der Kreise im Westen von Deutschland mehr als 67 % ausmacht, liegen diese Werte für die Kreise im Osten von Deutschland darunter. Diese Ergebnisse dürften vor allem auf eine ungünstige Altersstruktur der dort wohnenden Bevölkerung zurückzuführen sein. Gesamt, d. h. für die Gesamtheit der 412 Kreise von Deutschland im Jahr 2009, liegt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung für 186 Kreise unter 67 % und für die übrigen Kreise darüber. Vergleicht man diese Werte mit der tatsächlich in Erwerbsarbeit stehenden Bevölkerung (gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren), so ist die Beschäftigtenquote für den Osten und Süden von Deutschland höher als für den Westen mit einem Wert von unter 52,8 %. Bezüglich der Arbeitslosigkeit zeigt sich tendenziell eine Dreiteilung: Die Arbeitslosenquote insgesamt war in 2011 mit unter 4,9 % am niedrigsten in den Kreisen im Süden von Deutschland. Deutlich höhere Werte ergeben sich für den Westen von Deutschland, wo die Arbeitslosenquote für die Mehrheit der Kreise zwischen 4,9 % und 8,3 % liegt. Noch höhere Arbeitslosenquoten weisen die Kreise im Osten von Deutschland auf mit Werten von über 8,3 % bis hin zu 18,3 %. Für die Langzeitarbeitslosigkeit nach deutscher Definition, d. h. dem Anteil an den Arbeitslosen insgesamt, ergibt sich eine davon abweichende räumliche Verteilung, derart, dass in der überwiegenden Anzahl der Kreise die Langzeitarbeitslosigkeit bei einem Anteil von 23,6 % und mehr an den Arbeitslosen insgesamt beträgt. Höhere Werte werden möglicherweise in strukturschwachen Regionen, aber auch in der Nähe zu Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet oder dem Rhein-Main-Gebiet erreicht. Ob und inwieweit damit die Gefahr

einer mangelnden Inklusion verbunden ist, müssen weitere Analysen zeigen.

Der Bildungsstand, gemessen an den Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife, weist für Deutschland auf der Ebene der Kreise eine große Streubreite aus, die kein klares räumliches Muster erkennen lässt.

5. Ausblick

Die Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen auf der Grundlage ausgewählter Indikatoren aus der amtlichen Statistik für den Ansatz „How's life“ der OECD sowie ergänzenden Indikatoren aus der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland und Europa 2020 für Europa zeigt Folgendes:

Eine räumlich differenzierte Untersuchung anhand bundesstatistischer Daten für verschiedene Regionaleinheiten, ausgewählte kreisfreie Städte und Landkreise ist möglich. Die globalen Ergebnisse für Deutschland insgesamt lassen sich auf diese Weise verfeinern. Als Ausgangspunkt wurden hier die materiellen Lebensbedingungen in Anlehnung an den OECD-Ansatz in „How's life“ gewählt mit den Komponenten räumliche Situation im weiteren Sinn, Einkommen und Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit. Da im allgemeinen Erwerbstätigkeit und Bildungsstand eng miteinander einhergehen, wurde sachlich eine Umgliederung von „Bildung“ aus dem Bereich „quality of life“ bei der OECD zu materiellen Lebensbedingungen vorgenommen. In enger Verbindung damit wurde auch die Erwerbstätigkeit, vor allem die Arbeitslosigkeit junger Menschen, einbezogen. Dabei zeigt sich, dass selbst wenn die Ausbildungssituation für Deutschland, gemessen an Schulabsolventen mit Hochschulabschluss auf nationaler Ebene, einen relativ hohen Anteil ausmacht, dies sich regional unterschiedlich darstellt. Dabei treten – zumindest implizit – auch Beziehungen der betrachteten Städte, besonders mit ihrem Umland, zu Tage. Entsprechende Hypothesen können Ausgangspunkt für weitere Analysen sein, wie beispielsweise die Ausführungen zur Beschäftigung anhand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder zur Arbeitslosigkeit zeigen.

Die Bundesstatistik stellt ein breites Spektrum an statistischen Daten, Verfahren und Methoden bereit, die es dem interessierten Nutzer ermöglichen, sich relativ leicht ein Bild auch von komplexen Sachverhalten sowohl auf nationaler Ebene wie auch in kleinräumiger Hinsicht zu machen. Potenziellen Nutzern sind diese inhaltlich und analysetechnisch kostenfrei zugänglich; d. h. das Angebot aus der Bundesstatistik entspricht damit den Prinzipien von „open data“. Die verschiedenen Darstellungs- und Visualisierungsformen – tabellarisch, histogrammisch und kartografisch –, hier für die kleinsten und größten kreisfreien Städte sowie für alle Kreise von Deutschland, zei-

gen, dass ihnen ein unterschiedlicher Informationsgehalt inne wohnt. Während die ersteren beiden eine isolierte Betrachtung der ausgewählten Städte erlauben, bieten kartografische Darstellungen auch Hinweise auf Verflechtungen, nicht nur in räumlicher, sondern auch in sachlicher Hinsicht. Eine größere räumliche Genauigkeit könnte noch erzielt werden, wenn statt der bislang verwendeten administrativen Regionaleinheiten, sogenannte Rasterdaten – wie z. B. für die Europäische Union – verwendet werden könnten; die dafür notwendige Gesetzesänderung im Rahmen des sogenannten E-Government-Gesetzes wird noch in dieser Legislaturperiode erwartet.

Es gibt eine Fülle von Indikatoren zur Beurteilung der Lebensbedingungen im weiteren Sinn auf nationaler sowie auf supra- und internationaler Ebene aus der amtlichen Statistik, wenn auch nicht immer passgenau. Dass Näherungslösungen ebenfalls in eine ähnliche Richtung weisen können, zeigt beispielsweise der Vergleich der Indikatoren „Armutrisikoquote“ und „verfügbares Einkommen“ wie auch die verschiedenen Indikatoren zur

Beurteilung des gesamtgesellschaftlichen tertiären Bildungsstandes. Aus statistischer Sicht wäre allerdings eine Beschränkung auf einige wenige Indikatoren und eine Einigung, zumindest aber Annäherung, in definitorischer und methodischer Hinsicht wünschenswert. Die verschiedenen Nuancen bei einigen Indikatoren, besonders auf supra- und internationaler Ebene, suggerieren eine Genauigkeit, die in Anbetracht des Zwecks von statistischen Indikatoren fragwürdig erscheint. Je komplexer das reale Phänomen und/oder je größer die Dynamik seiner Entwicklung ist, umso schwerer dürfte es sein, dieses hinreichend genau abzubilden. Indikatoren stellen letztlich Zustandsanzeiger dar, die anzeigen sollen, wie bzw. ob die angestrebten realen Ergebnisse sich im gewünschten Ausmaß entwickeln. Ihre Eignung kann sich erst im Zeitablauf bewähren. Selbst dann ist eine regelmäßige Überprüfung ihrer Aussagefähigkeit auf die zu untersuchenden realen Sachverhalte und die angestrebten Ziele notwendig. Erweist sich ein Indikator als ungeeignet, muss ein anderer Indikator gefunden werden, wie dies beispielsweise verschiedentlich bei der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Fall war.

Quellennachweis

- [1] OECD: Measuring and fostering well-being and progress, The OECD Roadmap, Busan 29 October 2009.
- [2] http://www.oecd-ilibrary.org/economics/how-s-life_9789264121164-en
- [3] <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>
- [4] Braakmann, A.: Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung, Die Vorschläge der Stiglitz-Sen-Fi-toussi-Kommission und der Initiative „BIP und mehr“, WiSta 7/2010, S. 609 ff.
- [5] <http://www.un.org/millennium-goals/>
- [6] Die Bundesregierung: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Fortschrittsbericht 2012, Berlin, 31. Oktober 2012.
- [7] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2012, Wiesbaden, Februar 2012.
- [8] http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-B_%C3%BCCh-ne/2012-04-16-fortschrittsbericht-grundsatzartikel.html;jsessionid=C5B-5661F72EF05FC385B7CD699203B-FC.s1t1?_site=Nachhaltigkeit
- [9] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/flagship-initiatives/index_de.htm
- [10] Schnorr-Bäcker, S.; Heilemann, U.: Methoden und Grenzen der Marktbeobachtung im EU-Binnenmarkt und den Mitgliedstaaten, Endbericht, Forschungsvorhaben Nr. 61/09 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Mai 2011.
- [11] <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltigkeitspolitik-der-bundeslaender/>
- [12] Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/3853 vom 23.11.2010, sowie Deutscher

Bundestag, 17. Wahlperiode: Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Protokoll Nr. 17/1: Kurzprotokoll erste Sitzung (öffentlich), Berlin 17.01.2011.

- [13] Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Enquete Projektgruppe 2: Arbeitsbericht Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators“, Kommissionsdrucksache 17(26)72, Stand 20.02.2012.
 - [14] OECD: How's Life?: Measuring Well-Being; OECD Publishing, Paris 2011.
 - [15] Handbook on Constructing Composite Indicators. Methodology and user guide, hrsg. von der OECD, Paris 2008; zu Anwendungsbeispielen siehe: Joint Research Center: Composite Indicators at the JRC, Unit of Econometrics and Applied Statistics, April 2008.
 - [16] <https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/Zeitbudgeterhebung.html>
 - [17] <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>
 - [18] <http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx>
 - [19] <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Gemeindeverzeichnis.html>
 - [20] <http://www.urbanaudit.org/>
 - [21] <http://www.staedtestatistik.de/urban-audit.html>
 - [22] Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS), ABl. L 154 vom 21. 6. 2003, S.1, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011, ABl. L 13 vom 18.01.2011.
 - [23] OECD (Hrsg.): Redefining „Urban“ A new way to measure metropolitan areas, Paris 2012.
 - [24] http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:Revision_of_the_degree_of_urbanisation
 - [25] Correspondance table DEGREE OF URBANISATION – Local Administrative Units, http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/miscellaneous/index.cfm?TargetUrl=DSP_DE-GURBA
 - [26] Bundesministerium des Innern: E-Government-Gesetz, http://www.bmi.bund.de/DE/ThemenIT-Netzpolitik/E-Government/E-Government-Gesetz/e-government-gesetz_node.html
 - [27] <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/08GemeindenEinwohnergroessen.html>
 - [28] Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regio-Stat; Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder 2012, Stand Januar, München, Januar 2012.
 - [29] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm
 - [30] <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrdungsquoten.html>
 - [31] <http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx?nsc=true&htt-ps=1>
 - [32] http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/headline_indicators
-